

FreiRaum

Für eine Welt ohne Atomwaffen
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 1 / März 2005
4. Jahrgang

Ende der Einseitigkeit fordern

60 Jahre Hiroshima - 35 Jahre Atomwaffensperrvertrag

Noch 6 Wochen! Dann beginnt die Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages. Aus Deutschland werden so viele Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen nach New York fliegen wie nie zuvor. Für sie und die Regierungen hat jetzt die heiße Vorbereitungsphase begonnen: Konsultationen, Resolutionen, Lobbygespräche und Aktionen. Doch noch gibt es keine Tagesordnung.

Die USA lehnen es ab, über die vor fünf Jahren einstimmig beschlossenen 13 Abrüstungsschritte zu sprechen, nur Weiterverbreitung soll das Thema sein. Der nukleare Terrorismus wird beschworen und andere Staaten des Vertragsbruchs bezichtigt. Das ist die Devise der US Diplomaten, um von der eigenen versäumten nuklearen Abrüstung und den Atomwaffenentwicklungen abzulenken.

Sérgio de Queiroz Duarte, Vorsitzender der Überprüfungskonferenz, befürchtet eine schlechte Stimmung, falls es vor Mai nicht gelingt eine Tagesordnung zu erstellen. Für eine erfolgreiche Konferenz ist aus seiner Sicht nötig, dass die drei Elemente: friedliche Nutzung der Kernenergie, Verhinderung der Weiterverbreitung und Abrüstung gleichgewichtig behandelt werden.

Mohamed ElBaradei, Chef der internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) steht im Kreuzfeuer der Kritik. Seine Behörde soll die friedliche Nutzung der Atomenergie überwachen und die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern. Die USA, unzufrieden mit den Ergebnissen der IAEA-Inspektionen, lassen ihn bespitzeln und wollen seine Wiederwahl verhindern. Sicher auch weil ElBaradei die Atomwaffenstaaten kritisiert, die ihre Atomwaffenarsenale modernisieren statt abbauen. Im Vorfeld der Überprüfungskonferenz regte ElBaradei einen weltweiten fünfjährigen Stopp des Neubaus von Urananreicherungsanlagen an. Neue Anlagen sollen danach nur noch niedrig angereichertes Uran für zivile Atomanlagen liefern. Auch fordert er ernsthafte Konsequenzen für Länder, die den Atomwaffensperrvertrag kündigen. Bisher gibt es keine Sanktionen für einen Austritt.

Diese Forderungen ElBaradeis führen zu einem alten Dilemma. Der Atomwaffensperrvertrag ist höchst diskriminierend. Er wird immer wieder und in erster Linie von den USA als Herrschaftsinstrument missbraucht. Sie verbieten anderen, was sie selbst zugestehen, den Besitz der schlimmsten Massenvernichtungswaffen.

Es ist richtig, die Möglichkeiten der Weiterverbreitung einzudämmen. Aber dies darf nicht einseitig geschehen. ElBaradei's Vorschläge sind

zusätzliche Punkte, mit denen zum jetzigen Zeitpunkt die Nichtatomwaffenstaaten wieder alleine reglementiert würden. Notwendig ist, dass gleichzeitig den Atomwaffenstaaten bindende Verpflichtungen auferlegt werden. Diese müssen konkret und überprüfbar sein. Der Sanktion bei Kündigung des Atomwaffensperrvertrages muss die Sanktion bei Nichtumsetzung der 13 Schritte gegenüberstehen, also Wirtschaftssanktionen gegen die USA, wenn diese beispielsweise den Atomteststoppvertrag (CTBT) nicht - wie im Jahr 2000 versprochen - ratifizieren. Weil die Atomwaffenmächte durch ihr Vetorecht im Sicherheitsrat Sanktionen gegen sich verhindern können, sind weiter reichende Reformen der UNO nötig, um auch diese Ungleichheit abzuschaffen.

In unseren Lobbygesprächen, mit unseren Aktionen müssen wir von der Friedensbewegung dafür sorgen, dass die Überprüfungskonferenz nicht mit einseitigen Beschlüssen zu Ende geht. Besser keine Abschlusserklärung, als eine Verwässerung der alten Beschlüsse. **mk, wsh ●**

Aus dem Inhalt:

Südkorea, Uranwaffen und der NPT S. 2

Iran, kann ein Krieg verhindert werden? S. 3

Bürgermeister Akiba in Berlin und Brüssel S. 4/5

Atomwaffenkonvention Kontrovers diskutiert S. 6/7

Zitate dt. Politiker zur nuklearen Teilhabe S. 8

Sicherheitskonferenz München S. 9

Aktionen - „60 Jahre Hiroshima/Nagasaki“ S. 10

Rundreise M. Vanunu S. 11

Prozesse S. 12

Jugend in Aktion S. 13

Konferenz - „Epidemiologie von unten“ S. 14/15

Termine S. 16

Hiroshima 6. August 1945 -
Zeichnung eines Überlebenden



Zum Hiroshimatomag gibt Hannover eine kleines Büchlein mit 70 Seiten heraus. Zeichnungen und Texte von A. Takahashi schildern das grauenvolle Ereignis und wollen junge Menschen anregen, sich für die die Kampagne „atomaffenfrei bis 2020“ einzusetzen. Das Grußwort des Bürgermeisters und die Adressen in dem Büchlein können ersetzt werden durch Text des eigenen Bürgermeisters und lokale Kontakte. Bestellungen: Silvia Hesse, Trammplatz 2, 30159 Hannover; agenda21-buero@hannover.de



Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen,

„Time is running out“ – „Die Zeit läuft uns davon“, war schon im vergangenen Jahr das Grundgefühl bei der Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungskonferenz für den Atomwaffensperrvertrag. Fast 60 Jahre nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki haben die „Hibakusha“, die letzten Überlebenden, berechnete Sorge, dass die in der japanischen Kultur magischen „60 Jahre“ nicht ausreichen, um die Bedrohung durch Atomwaffen zu bewältigen, und dass nun auf lange Zeit keine Lösung in Sicht ist. Was können wir dem entgegenzusetzen? Den Willen der allermeisten Menschen dieser Erde, die nicht mit dieser Bedrohung leben wollen. Eine globale Kampagne der Zivilgesellschaft, die vernetzt ist mit der globalen Kampagne der „Bürgermeister für den Frieden“. Wir wollen in der heißen Phase nochmals in diesem FreiRaum die politische Situation beleuchten, um Impulse für die Verwirklichung der „2020 Vision“ zu geben. Ob mit „Bomspotting“ in Belgien, mit der Aktion Völkerrecht, mit der Extrem-Radtour an die Atomwaffenstandorte, ob mit den Rundreisen von Hans-Jörg Ostermeyer und Mordechai Vanunu oder mit der Aktionsreise nach New York – sorgen wir dafür, dass es ein heißes Jahr für die Abschaffung der Atomwaffen wird!

Für all diejenigen, die im letzten FreiRaum den zweiten Teil des Zitates von Gorbatschow vermisst haben, hier der komplette Wortlaut: „Wir waren in der Lage, ganze Klassen von Atomwaffen abzuschaffen.“- entgegen aller damaligen und heutigen zynischen Kräfte, die Abrüstungsangebote „als reine Propaganda oder Illusion abtun, eine mutmachende Tatsache.“

Roland Blach hat wegen des Aufrufs zur Gehorsamsverweigerung bezüglich der Atomwaffen in Büchel eine Strafanzeige erhalten. Grund ist dessen Veröffentlichung auf der Webseite der GAAA.

Kraft und Mut für dieses Jahr wünschen Ihnen und Euch

Julia Kramer (jk)
 Marion Küpker (mk)
 Roland Blach (rob)
 Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)



Oh Joon,
 Südkorea's Außen-
 minister packt aus

Messen mit zweierlei Maß

Südkorea, Nordkorea, Iran und die Uranmunition

Nicht nur Nord- sondern auch Südkorea betrieb geheime Atomforschung. Dies wurde jetzt bekannt durch den Artikel „Südkoreas Nukleare Überraschung“ in der Februarausgabe des anerkannten „Bulletin of the Atomic Scientists“ (Bulletin der Atomwissenschaftler). Südkorea hat im Herbst `04 seine letzten atomaren Geheimnisse gegenüber der IAEA (Internationale Atomaufsichtsbehörde) offenbart. In den Jahren 1979-81 reicherte Südkorea Uran an, 1982 bereitete es, wenn auch kleine Mengen von Plutonium auf, im Jahr 2000 wiederum experimentierte es mit der Urananreicherung und 1983-87 produzierte es abgereicherte Uranmunition, bekannt als DU-Waffen (DU = Depleted Uranium, abgereichertes Uran). Diese Uranmunition ist bisher von der südkoreanischen Regierung nicht eingesetzt worden. Der Artikel im Atomic Scientist wertet das Verschweigen dieser gesamten nuklearen Aktivitäten gegenüber der IAEA als einen Verstoß gegen den Atomwaffen Nichtverbreitungsvertrag (NVV, Nonproliferation Treaty, NPT). Die Aktivitäten waren der US-Regierung bekannt, doch sie kritisierte diese nicht.

Es stellt sich die Frage, warum Südkorea gerade jetzt diese Geheimnisse offenbart, wo Nordkorea den Besitz von Atomwaffen bekannt gegeben hat und damit die Konfrontation mit den USA in eine neue Runde geht. Die Bekanntgabe kann als ein Versuch interpretiert werden, einen US-Angriff auf Nordkorea abzuwenden, da Südkorea kein Interesse an einem von den USA entfesselten Krieg in der Region haben kann. Ein US-Angriff auf Nordkorea würde für Südkorea auch dann nicht ohne Folgen bleiben, wenn dabei keine Atomwaffen oder Mininukes eingesetzt werden würden. Auch wenn Nordkorea wirklich schon im Besitz einiger Atomwaffen sein soll, können das nur sehr wenige sein, deren Trägersysteme nicht über große Reichweiten verfügen und die daher keine Gefahr für die USA darstellen. Zusätzlich zu der Gefahr, dass sich auch noch andere Länder an einem Atomkrieg beteiligen könnten, besteht im Besonderen für Nordkorea die Gefahr, völlig ausgelöscht zu werden. Ein sogenannter konventioneller Krieg, wie er in den letzten Jahren auf dem Balkan, gegen den Irak und Afghanistan geführt wurde, bringt aber genauso die Gefahr mit sich, dass das Land durch Uranwaffen radioaktiv verseucht wird und auch die Nachbarländer von der Verseuchung betroffen wären. Auch müssen Nord- und Südkorea wissen, dass sie nie wirklich zu einer Atomwaffenmacht aufsteigen können, da sie jederzeit beim Einkauf geeigneter und außerdem sehr teurer Anlagen und Zubehör auf die großen Atomwaffenstaaten mit ihrem wissenschaftlichen Know-how angewiesen und dadurch kontrollierbar sind.

Uranwaffen, wie sie auch Nordkorea produziert hat, sind im Fall einer fremden Besetzung wesentlich leichter einzusetzen. Diese Munition zu produzieren und bereitzuhalten, könnte man daher als Versuch ansehen, mögliche Invasoren abzuschrecken, indem mit ihrem Vorhandensein der mögliche Einsatz von radioaktiven Materialien gegen die potenzielle Besatzungsarmee angedroht wird. Im Golfkrieg 1991 wurden von der US- und britischen Soldaten mindestens 340 Tonnen DU im Südirak eingesetzt. Damals erkrankten ca 1/3 der US Armee (über 180 000 US-Soldaten) am Golfkriegssyndrom. Die eigenen Truppen waren dem mit DU Partikeln verseuchten Rauch direkt auf dem Schlachtfeld ausgesetzt. Sie kamen zum Teil nichts ahnend in Kontakt mit verseuchten Panzerwracks. So hohen eigenen „Kollateralschaden“ kann sich keine Regierung leisten. Heute wird die eigene Armee erst in die Region geschickt, wenn der verseuchte Rauch sich am Boden gesetzt hat. Das direkte Einatmen soll vermieden werden. Die US Soldaten sind nun gewarnt, sich von Materialien fernzuhalten, die durch DU-Waffen zerstört wurden. Außerdem werden sie über ihre Militärbasen mit unverseuchten Lebensmittel und Getränken von außerhalb versorgt, wodurch ihre Kontaminierung vermindert wird. Wenige von ihnen werden allerdings Jahre bzw. Jahrzehnte später daran denken, dass ihre mögliche Krebserkrankung mit dem früheren Armeedienst in Zusammenhang stehen könnte. **Der irakische bewaffnete Widerstand selbst besitzt zum Glück im Gegensatz zu Nord- und Südkorea keine Uranmunition.**

Auch der Iran will keine Kontrolle über seine Urananreicherungsanlage (wo DU als Abfallprodukt anfällt), behauptet aber, dass er keine Atomwaffen produzieren will. Möglicherweise stellt er Uranwaffen her, weil er sich durch den letzten Irakkrieg in der Annahme bestätigt sieht, dass ein Land vor einer Invasion nicht sicher ist, das sich nicht verteidigen kann. Vor diesem Hintergrund muss vielleicht auch das Statement des IAEA Generaldirektors Mohamed ElBaradei vom Februar 2005 verstanden werden, der „im Interesse der internationalen Sicherheit“ die Weiterverbreitung von Urananreicherungsanlagen eindämmen möchte. Dazu schlägt er vor, ein Verbot zum Erwerb neuer Urananreicherungsanlagen in den NPT-Vertrag aufzunehmen. Für Anti-Atomaktivisten hört sich jede weitere Einschränkung von Atomanlagen zunächst mal positiv an. Allerdings könnte hiermit der NPT-Vertrag wieder einmal als ein Werkzeug missverstanden werden, mit dem andere Völker weiter zur bedingungslosen Unterwerfung gezwungen werden sollen. Insbesondere dann, wenn sich, wofür sich ElBaradei ebenfalls einsetzt, die UN für zukünftige Bestrafungsaktionen, z.B. gegen diese von den USA als „Schurkenstaaten“ bezeichneten Länder, entscheiden sollte, während die USA, wie die anderen großen Atomwaffenmächte auch, jederzeit das Recht haben, gegen die eigenen UN Verurteilungen ihr Veto einzulegen. **mk ●**

Iran: Atom-Konflikt auf Raten

In seiner Antrittsrede im Januar 2005 als wieder gewählter Präsident der USA machte George W. Bush deutlich, dass er sich alle Optionen gegenüber dem Iran offen halten wolle. Damit nährte er die Befürchtungen, die USA würden unter Umständen schon bald den Iran angreifen, um das Land an der potentiellen Entwicklung von Atomwaffen zu hindern. Ein Atom-Konflikt auf Raten, wie der stark gekürzte Artikel von Mohssen Massarrat unter Beweis stellt.

Die drei EU-Staaten Deutschland, Frankreich und Großbritannien haben Mitte November mit dem Iran eine Absichtserklärung vereinbart. Darin verpflichtet sich der Iran, die Urananreicherung nur solange auszusetzen, bis die Vereinbarungen mit der EU Vertragsform angenommen haben. Im Gegenzug erklärten sich die drei EU-Staaten bereit, Irans WTO-Beitritt aktiv zu unterstützen, auf nuklearem Gebiet zusammenzuarbeiten und dem Land eindeutige Sicherheitsgarantien zu gewähren. Damit ist der Konflikt nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben. Der Iran will sich das Recht auf Urananreicherung grundsätzlich vorbehalten. Diese Position blieb bis heute unverändert. „Iran ist zu einer Zusammenarbeit mit der Atomenergiebehörde bereit, jedoch nicht zu einem Verzicht auf Urananreicherung“, so der Direktor der iranischen Atomenergieorganisation, Reza Aghazadeh, und der Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Hassan Rohani, Mitte Oktober. „Vielleicht ließe sich über die Dauer eines Moratoriums verhandeln, alles andere überschreitet unsere rote Linie und ist daher nicht verhandelbar“, fügte Rohani hinzu.

Irans Staatspräsident Khatami offenbarte bei einer Pressekonferenz am 20. Oktober zum ersten Mal indirekt, dass es bei dem Atomprogramm auch um andere Dinge geht als um die Produktion von Strom: „Noch verfügt Iran nicht über die Atomtechnologie und dennoch diese Aufregung. Gleichzeitig ist jedoch nicht die geringste Sorge darüber spürbar, dass andere Atomwaffen haben und sie auch herstellen.“

Die EU-Troika hat bisher ganz offensichtlich den Ernst der Debatten im Iran ignoriert. Im Kern geht es um die nationale Sicherheit des Landes. Im Zentrum des Konflikts steht die nukleare Bedrohungsasymmetrie zwischen Israel (als kleines Land mit einer Bevölkerungszahl von rund sechs Millionen) an der Peripherie des Mittleren Ostens einerseits und allen anderen Regionalstaaten andererseits – allen voran Iran mit seiner unbestreitbar strategischen Lage im Zentrum des Mittleren Ostens und rund 65 Millionen Einwohnern[...]

Der Iran strebt sicherheitspolitisch ohne jeden Zweifel ein „Gleichgewicht des Schreckens“ an. Er handelt somit ganz und gar „westlich rational“, sofern hier angesichts eines damit – wie seinerzeit im Ost-West-Konflikt – unvermeidlichen nuklearen Wettrüstens von Rationalität überhaupt die Rede sein kann. Irans Atomprogramm, darüber besteht kein Zweifel, ist energiepolitisch und erst recht ökologisch

Prof. Dr. Mohssen Massarrat ist Politologe und lehrt am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück



purer Unsinn, aber völkerrechtlich nicht zu beanstanden. Wohl angreifbar ist jedoch Irans taktisches Spiel, die waffentechnisch relevanten Bausteine des Programms einer Kontrolle der Internationalen Atomenergiebehörde entziehen zu wollen. Insofern verletzt der Iran bestenfalls das Zusatzprotokoll zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV), dem so genannten Atomwaffensperrvertrag. Doch stehen die USA in diesem Konflikt moralisch und völkerrechtlich in einem noch schlechteren Licht da. Nicht nur, dass sie entgegen der Selbstverpflichtung aller Atommächte (Artikel VI des NVV) atomar nicht abrüsten, sie entwickeln sogar taktische Atomwaffen für den Einsatz gegen die „Schurkenstaaten“ – wozu auch der Iran gezählt wird – und rüsten darüber hinaus Israels Angriffspotenziale auf, die bei einem möglichen Angriff gegen Irans Atomanlagen zum Einsatz kommen könnten. Angesichts dieser Sachlage dürfte der Ende November 2004 beschlossenen IAEA-Resolution keine lange Dauer beschieden sein, da sie dem Iran den Verzicht auf Herstellung von Atomwaffen aufbürdet, Israels atomare Vormachtstellung jedoch unangetastet lässt[...]

Gerade der Iran-Atomkonflikt bietet der EU die Gelegenheit einer Neuorientierung in der Nah- und Mittelostpolitik. Die EU ist gegenwärtig auch die einzige politische und, noch wichtiger, moralische Kraft in der Weltpolitik, die mit glaubwürdigen friedenspolitischen Alternativen das Blatt der Geschichte im Nahen und Mittleren Osten wenden könnte. Glaubwürdigkeit gepaart mit Realitätssinn entwickelt eine politisch legitimatorische Dynamik, an der auch die machthungsrigsten Betonköpfe in den USA, in Israel, aber auch im Iran nicht vorbei könnten. Die EU hat schon einmal, nämlich mit der OSZE, eine Dynamik in Gang gesetzt, die zur Beendigung des zur damaligen Zeit gefährlichsten Konflikts maßgeblich beigetragen hat. Jetzt gehört in Anlehnung an diese Erfahrungen die Idee einer regionalen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO) auf die Agenda der internationalen Diplomatie.

Für die EU bedeutet das erstens, ihren Kardinalfehler schleunigst zu korrigieren und Israels Atomwaffenarsenale nicht länger zu tabuisieren und das Ziel einer massenvernichtungswaffenfreien Zone auf die Agenda der internationalen Diplomatie zu setzen. Gerade angesichts des Machtvakuum nach Arafat und der Chance eines Neubeginns auch für den Nahost-Konflikt würde die Forderung nach Einberufung einer KSZMNO eine neue und dynamische Perspektive eröffnen.

Dieser stark gekürzte Artikel erschien in der Januar-Ausgabe der „Blätter für deutsche und internationale Politik“ und wurde vom Autor freundlicherweise zur Verfügung gestellt ●

IREA statt IAEA

Offener Brief: Förderung der Atomenergie beenden

Die Förderung der Atomenergie sollte aus dem Mandat der IAEA (International Atomic Energy Association) ausgeschlossen werden. Eine neue Internationale Behörde zur Förderung von Erneuerbaren Energien IREA (International Renewable Energy Association) sollte geschaffen werden. Dies fordern in einem offenen Brief über 100 Friedens- und Umweltgruppen aus aller Welt. Er wurde am 1. März zum Jahrestag des Atomtests Bravo an Kofi Annan, Generalsekretär der UNO gesandt.

Das Konzept der friedlichen Nutzung der Atomenergie (atoms for peace) und der militärischen Nutzung (atoms for war) sind ununterscheidbar von einander und dies hat zur jetzigen Krise geführt, in der Atomprogramme von Ländern wie dem Iran und Nord Korea große Besorgnis in der internationalen Gemeinschaft auslösen. (...) Die IAEA hat die Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen als wichtigste Herausforderung festgestellt, räumt aber ein, dass die Exportkontrollregelungen versagt haben. (...) Wie die IAEA feststellt: unter den derzeitigen Regelungen ist es für einen Nicht-Atomwaffenstaat nicht verboten, Anreicherungs- oder Wiederaufarbeitungstechnologie sowie waffenfähiges Nuklearmaterial zu besitzen. Die Herstellung von Atomwaffen ist (...) nur eine Sache von Monaten.

Agentur für Neue Energien gefordert

Eine Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten, wie von der IAEA vorgeschlagen sei nicht ausreichend. Die Gruppen fordern eine grundlegende Änderung, die Beendigung der Förderung der Atomenergie durch die IAEA. Die Nutzung von erneuerbaren Energien sei kein technisches Problem sondern eines des politischen Willens. Den ökologischen und friedenspolitischen Wandel soll die vorgeschlagene „International Renewables Energy Agency“ (IREA) fördern. Die IAEA solle zivile und militärische Nukleareinrichtungen kontrollieren. Das sind Punkte, die von den Delegierten der GAAA und der Pressehütte in New York unbedingt bei der Überprüfungs-konferenz eingebracht werden müssen.

www.atomstopp.com

wsh ●

Andere begegnen
Politik analysieren
Aktionen starten

Das Seminarhaus Pressehütte ist zu mieten für Treffen und Seminare. Die Friedenswerkstatt bietet Referenten, Trainer zur Gruppenbegleitung und für Gewaltfreiheitstrainings an. Kommen Sie nach Mutlangen!

Informationen über Belegungsmöglichkeiten, Trainings und Referenten anfordern!



Pressehütte

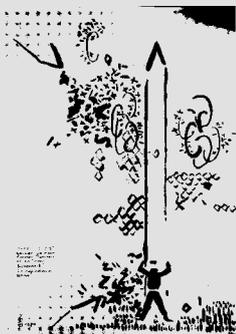
Forststraße 3, 73557 Mutlangen

Telefon / Fax 0 71 71-7 56 61

post@pressehuette.de, www.pressehuette.de

Im Angebot Mutlanger Kunstwerke

Die engagierte Künstlerin Luise Scholl war in den 80er Jahren immer wieder vor dem Atomwaffenlager in Mutlangen. Sei stand selbst wegen Blockaden vor Gericht. Ihre Erlebnisse und Eindrücke verarbeitete sie zu Aquarellen und Plastiken. Diese will sie nun zur Unterstützung der Pressehütte zum Verkauf anbieten.



„Der Raketen-Polizist“ ist
34 auf 47 cm groß.



„Etiennes Schuhe“ ist
30 auf 42 cm groß.

Preis je 380,00 Euro. Weitere Bilder und Skulpturen auf Anfrage in der Pressehütte. 20% des Erlöses fließen der Mutlanger Friedensarbeit zu. Oder werden Sie Stifter für unser lebendiges Museum, indem Sie für uns eines der Bilder erwerben. **wsh ●**

Zwei Tage voll Lobbygesprächen

Mit Hiroshimas Bürgermeister Akiba in Berlin

Drei Friedensbürgermeister mischten sich in Berlin in die Weltpolitik ein und warben für die Abschaffung der Atomwaffen: Bürgermeister Tadatoshi Akiba aus der japanischen Millionstadt Hiroshima, Oberbürgermeister Schmalstieg aus der deutschen Großstadt Hannover und der schwäbische „Dorfschultes“ Seyfried aus Mutlangen.

Mit dem Bürgermeister war auch der Vorsitzende des Stadtparlaments Hiroshimas, Tadamaso Asao, nach Berlin gekommen. Er schilderte aus eigenem Erleben die Grauen des Atombombenabwurfes und wünschte, dass sich dies niemals wiederhole. Akiba erläuterte: „Wir Bürgermeister haben die besondere Verpflichtung, das Leben und das Eigentum unserer Bürger zu schützen. Gemeinsam vertreten wir den Willen der überwäl-

Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses Walter Momper berichten, dass inzwischen fast 200 Bürgermeister in Deutschland Mitglied von Mayors for Peace geworden sind. Walter Momper will das für den 11. März geplante Treffen der deutschen Bürgermeister für den Frieden in Berlin unterstützen. Dort soll geklärt werden, welche Bürgermeister im Mai nach New York zur UNO reisen, um auf der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages Verhandlungen über das Verbot von Atomwaffen zu fordern.

Diplomatische Zurückhaltung

Im Auswärtigen Amt sprachen die Bürgermeister mit Staatsministerin Kerstin Müller. Müller begrüßte die Kampagne, weil sie Druck auf die Verhandlungen ausübt. Sie erklärte, dass Deutschland sich verpflichtet fühlt, die Abschaffung aller Atomwaffen zu erreichen. Diese bleibt eine Priorität für die Regierung, wobei das Jahr 2020, der von der Bürgermeisterkampagne angeregte Termin, ein „ehrgeiziges Ziel“ sei. Bürgermeister Seyfried stellte fest, dass die Ideen der Mayors for Peace bei allen Gesprächspartnern zwar auf fruchtbaren Boden gefallen sind, aber auf Grund vieler politischer Rücksichtnahmen und vertraglicher Verpflichtungen zu befürchten ist, „dass diese Ideen nur sehr langfristig greifen.“ Trotzdem will er nicht nachlassen, „für eine schnelle möglichst sofortige Umsetzung unserer Forderungen zu kämpfen.“



Bürgermeister Akiba, Bürgermeister Seyfried, OB Schmalstieg, Foto: wsh

tigenden Mehrheit aller Menschen dieser Erde, der Bedrohung durch Atomwaffen ein Ende zu bereiten.“ Die Begegnungen mit Bürgermeister Akiba sowie dem Zeitzeugen Asao „haben mich sehr beeindruckt und in meiner Überzeugung bestärkt, mich für die Ziele der Mayors for Peace einzusetzen“, erklärte Seyfried.

Berlin war für Bürgermeister Akiba die letzte Station einer Rundreise nach den USA, Großbritannien und Belgien. Er freut sich, dass die Kampagne für eine atomwaffenfreie Welt nun in Schwung kommt. **wsh ●**

Freundlicher Empfang

Bei einem Abendessen mit Mitgliedern des Unterausschusses für Rüstungskontrolle und Abrüstung erklärte die Vorsitzende Uta Zapf, sie sei begeistert, im Internet zu entdecken, dass bereits zwei Bürgermeistern in ihrem Wahlkreis bei der Kampagne mitmachen, und habe entschieden, bei allen anderen Bürgermeistern im Wahlkreis für die Sache zu werben.

Bürgermeister Seyfried wünschte, dass in Deutschland keine Atomwaffen gelagert werden sollten: „Wenn man eine weltweite Ächtung dieser Waffen will, muss der Anfang im eigenen Land gemacht werden. Mit den Fingern auf andere zu zeigen genügt dabei nicht.“

OB Schmalstieg konnte dem

Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul trifft
Bürgermeister Akiba und unterzeichnet einen Baustein
für die Aktion Völkerrecht, Foto: wsh



Im Europaparlament:

„Ein Hauch von Friedensbewegung“

Der Besuch von Hiroshimas Bürgermeister Akiba vom 18. bis 20.1.2005 in Belgien bescherte den „Bürgermeistern für den Frieden“ nicht nur einige neue Mitgliedsbürgermeister. Er bot auch Gelegenheit zum Austausch mit der neuen Gruppe „Intergroup for Peace Initiatives“ im Europaparlament, um die „2020 Vision“ voranzubringen.

In seiner überwiegend sehr positiv aufgenommenen Rede vor dem Europaparlament am 19.1. bedankte sich Bürgermeister Akiba auch im Namen der Hibakusha, der Überlebenden der Atombombenabwürfe, für die bemerkenswerte Unterstützung, die das Parlament den Bürgermeister für den Frieden in seiner Resolution im Februar vergangenen Jahres ausgedrückt hatte. „Lassen Sie uns ehrlich sein“, sagte er. „Die Vereinigten Staaten und die NATO weigern sich, sich eine Zukunft ohne Atomwaffen vorzustellen, und deren Zukunftsvision ist nicht die, die wir wollen.“

Doch welche Rolle spielen die EU mit ihren zwei Atommächten und 19 NATO-Mitgliedern? Darüber diskutierten die ca. 30 anwesenden Abrüstungs-AktivistInnen aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Dänemark, Norwegen, Großbritannien und Deutschland in Gesprächen mit Bürgermeister Akiba und 5 EU-ParlamentarierInnen.

Bürgermeister Akiba betonte, die EU könne eine aktivierende Rolle im Prozess hin zu einer atomwaffenfreien Welt bis 2020 spielen. Dominique Lalanne von „Stop Essais“, Frankreich, legte einen Entwurf für eine neue Resolution des Europaparlaments vor.

Meinungsunterschiede

Die britische Abgeordnete der Grünen/EFA Caroline Lucas drückte jedoch ihre Zweifel aus, ob nach der Osterweiterung der EU eine ähnlich progressive Resolution wiederholt werden könne. Symptomatisch dafür die Reaktion eines polnischen Parlamentariers auf die Rede Akiba's: die Abschreckungspolitik mit Atomwaf-

fen sein Land vom Kommunismus befreit - Wer den Frieden wolle, müsse sich auf den Krieg vorbereiten.

Dennoch wurde der Gedanken sich für eine Atomwaffenkonvention einzusetzen, die einen konkreten Fahrplan zur Abrüstung beinhaltet, anstatt auf kleine Teilschritte zu setzen, von den Abgeordneten positiv aufgenommen. Die Abgeordnete Lucas sagte, wenn man in einer dualen Strategie vor dem Hintergrund der Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag direkt für das radikalere Ziel einer Konvention kämpfe, könne dies die realen Möglichkeiten hin zu Abrüstungsschritten erweitern.

Unterstützung

Der deutsche Abgeordnete Tobias Pflüger (GUE/NGL) freute sich, dass es auf der ersten Veranstaltung der „Intergroup for Peace Initiatives“, in Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen des neugegründeten Netzwerks „Abolition 2000 Europe“ gelungen war, ins Europaparlament einen „Hauch von Friedensbewegung“ zu bringen. Man wolle versuchen, eine offizielle Delegation der Gruppe zur NPT-Konferenz nach New York zu schicken.

Bürgermeister Akiba ermutigte die Anwesenden beim Empfang der Intergroup, indem er die Kampagnenarbeit mit seiner früheren Arbeit als Mathematiklehrer verglich: Die Themen, der Lehrplan bleiben jedes Jahr gleich, aber es gelte, das schon hundert mal Gesagte immer wieder neu zu formulieren, und auf diese Weise sozusagen zur „Bildung“ der Politiker und der Bevölkerung beizutragen. „Nur so können wir das Ziel einer atomwaffenfreien Welt erreichen. Lassen wir unsere Vision über den Horizont hinausgehen!“

jk ●

Hiroshimas Bürgermeister Akiba und Stadtparlamentvorsitzender Assao im Gespräch mit dem Europaabgeordneten Pflüger, Foto: jk



Hiroshima-Friedensmarsch in Belgien

Wie schon voriges Jahr organisiert die belgische Organisation „For Mother Earth“ auch diesen Sommer einen internationalen Friedensmarsch, bei dem Hunderte von TeilnehmerInnen erwartet werden. Voor Moeder Aarde organisiert dies im Zusammenhang mit dem 60sten Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima und Nagasaki und fordert, dass die Atommächte und die NATO-Mitgliedsstaaten sich stark machen für die weltweite Abschaffung von Kernwaffen.

Der Friedensmarsch beginnt am 26. Juli in der Friedensstadt Ieper und geht über das NATO-Hauptquartier in Brüssel bis zur Militärbasis Kleine Brogel in Limburg (Belgien), auf der US Atomwaffen einsatzbereit stationiert sind. Wir werden entlang der Route mit den regionalen Bürgermeistern zusammenkommen, um sie für die Kampagne „Bürgermeister für den Frieden“ zu gewinnen. Am Hiroshima-Gedenktag, dem 6. August startet ein Friedenscamp, welches bis zum 9. August, dem Tag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, dauert.

Auf der NATO-Luftwaffenbasis Kleine Brogel lagern wahrscheinlich 10 oder nach neuesten Erkenntnissen sogar 20 amerikanische B61 Atombomben, mit einer tödlichen Kraft, die das 140- 280fache der Atombombe auf Hiroshima übertrifft. 1945 starben durch diese eine Bombe 140.000 Menschen.

Route:

- Di.26.07. Ieper - Roeselare
- Mi.27.07. Roeselare - Tielt
- Mi.27.07. Tielt - Gent
- Mi.27.07. Gent - Aalst
- Mi.27.07. Aalst - Brüssel
- So.31.07. Ruhetag u. Aktionstraining
- Mo.01.08. NATO (Evere)
- Di.02.08. Brüssel - Leuven
- Mi.03.08. Leuven - Diest
- Do.04.08. Diest - Leopoldsburg
- Fr.05.08. Leopoldsburg - Kleine Brogel
- Sa.06.08. Hiroshima Gedenkaktionen bei Kleine Brogel
- So.07.08. Friedensaktionscamp Kl. Brogel
- Mo.08.08. Friedensaktionscamp Kl. Brogel
- Di.09.08. Nagasaki Gedenkaktion in Zusammenarbeit mit der Stadt Gent

For Mother Earth engagiert sich auch bei Bomspotting XL am 16. April 2005, bei dem die Aktivisten als Bürgerinspektoren drei NATO-Ziele in „Angriff“ nehmen.

Weiterhin sucht FME Aktivisten, die für das G8- Treffen am 4.7.2005 an der schottischen U-Bootbasis Faslane zusammen kommen wollen. Anmeldung und Informationen auf: <http://www.motherearth.org/walk/walk.php>

mk ●

Wer den Frieden gewinnen will, muss die Krieger kontrollieren. Er muss wissen, was er ihnen zutrauen kann – nach aller Erfahrung das Schlimmste. Das macht eindrucksvoll und faktenreich der Journalist Ulrich Sander in seinem Buch „Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck“ deutlich. Auf 204 Seiten schreitet Sander wichtige Wegmarken des deutschen Militarismus im vergangenen Jahrhundert ab. So erinnert er beispielsweise an den Geheimplan „Großes Heer“: Deutschland hatte sich vom Ersten Weltkrieg noch nicht erholt, da ließ General Hans von Seeckt bereits 1925 wieder ein Kriegsheer mit bis zu drei Millionen Soldaten planen. Die Vorbereitungen für die 102 Divisionen, mit denen die Nazis dann ab 1939 ihre Weltoberungspläne in die blutige Tat umzusetzen versuchten, waren bereits damals detailliert angelaufen. Erst Mitte der 1990er Jahre wurde der Plan, den ein Mitverfasser „das Geheimste vom Geheimen“ genannt hat, öffentlich bekannt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es nur fünf Jahre, bis ehemalige Nazi-Generäle sich mit der „Himmeroder Denkschrift“ zu Wort meldeten. Treffend spricht Sander von der „eigentlichen Geburtsurkunde der Bundeswehr“. Und auch nach dem Ende des Kalten Krieges, als alle Welt auf eine Friedensdividende hoffte, gaben die Krieger wieder den Ton an. Mit den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ wurde die Umrüstung der Bundeswehr zur weltweit interventionsfähigen Angriffsarmee 1992 vorgedacht. Deren Kriegstauglichkeit wurde dann erstmals 1998 mit dem Nato-Überfall auf Serbien getestet; inzwischen erweist sie sich tagtäglich am Horn von Afrika so gut wie am Hindukusch. Und während sich die Welt noch über die Präventivschlag-Doktrin des George W. Bush empört, denkt der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, laut FAZ vom 23. Januar 2003 „über bisher Undenkbares“ nach. Über die Frage nämlich, „ob es richtig sein kann, nicht abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird, sondern sich gegen diese mögliche Gefahr vorausseilend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen.“ Es gibt ohne Vergangenheit keine Zukunft. Sander macht anhand offizieller und offiziöser Quellen deutlich, dass rechte Militärs wieder erheblichen Einfluss auf die deutsche Politik gewonnen haben. Ein erhellendes, ein beunruhigendes Buch. Pflichtlektüre für Friedensaktivisten. Ulrich Sander: „Die Macht im Hintergrund. Militär und Politik in Deutschland von Seeckt bis Struck“, PapyRossa-Verlag, Köln 2004, 204 Seiten, 14 Euro.

Rainer Butenschön ●

Kontrovers diskutiert: Nuklearwaffenkonvention

Beim Besuch von Bürgermeister Akiba in Berlin waren sich über das Ziel alle einig: die Abschaffung der Atomwaffen. Doch der Weg dorthin ist umstritten. Die Bürgermeister für den Frieden und der Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ werben für eine Nuklearwaffenkonvention. Die deutschen Regierungspolitiker befürworten dagegen eine schrittweise nukleare Abrüstung. Die FreiRaumredaktion hat daher die Bundestagsabgeordnete Uta Zapf, Vorsitzende des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie Xanthe Hall, Sprecherin des Trägerkreises gebeten über den richtigen Weg zum Erreichen einer atomwaffenfreien Welt zu streiten.



Uta Zapf: Eine schöne Idee ohne politische Basis

Uta Zapf:
„Abrüstung ist
nur Schritt für
Schritt zu erreichen.“

1. Die schrittweise Abrüstung von Atomwaffen ist der realistische Weg zu einer atomwaffenfreien Welt. Gegenwärtig ist kein Atomwaffenstaat bereit, nuklear vollständig abzurüsten. An dieser Situation wird sich in den nächsten Jahren wenig ändern. Im Gegenteil beobachten wir Bestrebungen, die Rolle von Atomwaffen noch auszuweiten. Daher sind allenfalls Zugeständnisse bei der Zahl der Atomwaffen, dem Bereitschaftsgrad und bei Modernisierung von Atomwaffen zu erwarten.

Diese Situation ist beklagenswert, aber sie muss Grundlage einer realistischen Abrüstungspolitik sein. Es hilft nichts, die Maximalforderung nach vollständiger Abrüstung aufzustellen wenn diese keinerlei Widerhall bei den Atomwaffenbesitzern findet. In der nuklearen Abrüstung kann das Bessere der Feind des Guten sein.

2. Ein fester Zeitplan zur nuklearen Abrüstung, wie im Rahmen einer Nuklearwaffenkonvention gefordert, wird nicht durchsetzbar sein. Bedauerlicherweise müssen wir feststellen, dass die Atomwaffenstaaten sich ihre Optionen offen halten wollen und Fortschritte bei der Abrüstung von der internationalen Sicherheitslage abhängig machen werden. Fortschritte bei der Abrüstung werden daher leider nicht „planbar“ sein. Nur Schritt-für-Schritt werden wir vorankommen.

3. Ein Schritt-für-Schritt-Ansatz in der nuklearen Rüstungskontrolle hat schon dazu beigetragen, die Gefahren eines Nuklearkrieges zu vermindern. Viele Zwischenschritte auf dem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt sind *in sich* wertvoll. Das Ende der Atomtests im Rahmen des CTBT, die vertragliche Festschreibung bestimmter Obergrenzen bei den strategischen Arsenalen der USA und Russlands, die Schaffung von Transparenz und Offenheit sind Errungenschaften, auf denen es aufzubauen gilt. Das vertraglich festgeschriebene Ende der Produktion waffenfähiger Stoffe wäre ein nächster wichtiger Schritt, um die nukleare Abrüstung unumkehrbar werden zu lassen. Wichtig ist es, den zum Stillstand gekommenen Rüstungskontrollmotor wieder in Gang zu bringen.

4. In der nuklearen Abrüstung ist der Weg das Ziel. Rüstungskontrollabkommen verändern das Verhalten der Vertragspartner. Schon in den Verhandlungen und während der Umsetzung der Abkommen entsteht Vertrauen zwischen den ehemaligen Gegnern. So schafft nukleare Rüstungskontrolle eine wichtige Voraussetzung für die vollständige Abrüstung der Atomwaffen.

5. Eine Nuklearwaffenkonvention kann den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) schwächen. Der NVV ist und bleibt aber unser wichtigstes Instrument im Kampf gegen die Verbreitung von Atomwaffen. Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention können ungewollt die Rolle des NVV als wichtigste Grundlage globaler Bemühungen um die Nichtverbreitung von Atomwaffen schädigen. Der NVV schreibt das Ziel einer nuklearwaffenfreien Welt bereits rechtsverbindlich fest. Im Rahmen des NVV haben die Atomwaffenstaaten sich wiederholt verpflichtet, auf eine atomwaffenfreie Welt hinzuarbeiten. In der Folge der unbegrenzten Verlängerung des Vertrages haben die Atomwaffenstaaten diese Verpflichtung erneuert und bekräftigt. Es gilt, auf die Einlösung dieser Versprechen zu drängen.

6. Der NVV hat fast universelle Gültigkeit. Nur die drei Atomwaffenbesitzer Indien, Israel und Pakistan sind noch nicht Mitglieder, Nordkorea hat seinen Austritt erklärt. Eine Nuklearwaffenkonvention – sofern sie nicht im Rahmen des NVV ausgehandelt würde – müsste bei Null anfangen: Die Frage der Mitgliedschaft würde sich neu stellen. Es würde wahrscheinlich sehr lange dauern, bis eine Konvention eine so umfassende Mitgliedschaft hätte wie der NVV. Der NVV bleibt auch der wichtigste Rahmen, um die nicht offiziell anerkannten Atomwaffenbesitzer Indien, Israel, Nordkorea und Pakistan zur nuklearen Abrüstung zu bewegen. Diese Staaten haben sich selbst außerhalb der globalen Norm zur Abrüstung und Nichtverbreitung gestellt. Nur als Nichtkernwaffenstaaten können sie dem NVV beitreten.

7. Ein Schritt-für-Schritt Ansatz wird wichtig sein, um die bevorstehende Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages zum Erfolg zu führen. Konkrete Vorschläge liegen auf dem Tisch, etwa die vom Generaldirektor der Internationalen Atomenergieorganisation, Mohamed ElBaradei, vorgeschlagenen Maßnahmen zur Stärkung des NVV und nuklearen Abrüstung. Auch die Staaten der New-Agenda-Coalition, die bereits erfolgreich für die Abrüstung geworben haben, fordern schrittweise Fortschritte bei der nuklearen Abrüstung. Diese Anstrengungen werden von deutscher Seite unterstützt. ●

Xanthe Hall:
Abrüstung
braucht einen
Rahmen

Xanthe Hall: Wegweiser für die reale Utopie einer atomwaffenfreien Welt

1. In den 90er Jahren gab es einige Schritte vorwärts. Die meisten sahen die Sicherung des Atomwaffensperrvertrags (NVV) durch eine unbefristete Verlängerung sehr positiv. Andere bewerteten eher die Einigung über eine verstärkte Überprüfung des Vertrages als den eigentlichen Fortschritt. Dann folgte der hart errungene Abschluss des Atomteststoppvertrags. Diese Schritte waren insgesamt aber viel kleiner als die von der Friedensbewegung erhofften. Nach der unbefristeten Verlängerung des NVV gibt es nun gar keinen Hebel mehr für Verhandlungen mit den Atomwaffenstaaten. Und die Atomwaffenstaaten können durch subkritische Tests und Computersimulationen immer noch testen.

Seit sechs Jahren ist die ständige Abrüstungskonferenz in Genf (CD) nicht einmal in der Lage, einen Arbeitsplan zu verabreden; seit acht Jahren verhandelt sie nichts mehr. Der START-Prozess zur Reduzierung von Atomwaffen ist durch den Moskauer-Vertrag ersetzt worden, der nicht mehr die Verschrottung der Atomwaffen vorsieht, sondern nur noch deren Lagerung. So können sie zu jeder Zeit wieder stationiert werden. Der Vertrag zur Beendigung der Herstellung von Spaltmaterialien liegt seit über einem halben Jahrzehnt auf dem Verhandlungstisch. Stillstand.

2. Nun die Rückwärtsschritte: Die Veränderungen der Atomwaffendoktrinen, die Pläne, neue Atomwaffengenerationen zu bauen. Über den Ersteinsatz wird nicht mehr geredet, sondern vom "präventiven" Einsatz, der die Einsatzschwelle noch weiter senkt. Und wir wundern uns, dass immer mehr Staaten nach einer Atomwaffenoption verlangen. Das ist die Logik des Wettrüstens: je mehr man mit Atomwaffen droht, desto mehr rüstet der "Feind" auf.

Auf der einen Seite rufen die Atomwaffenstaaten alle anderen Staaten auf, strengere Maßnahmen gegen die Verbreitung von Atomwaffen zu verabschieden. Auf der anderen Seite wollen die meisten atomwaffenfreien Staaten mehr Abrüstungsmaßnahmen sehen, die unumkehrbar sind. Was wir brauchen ist beides.

3. Hiroshimas Bürgermeister Akiba sagt: Die Antwort ist verblüffend einfach. **Alle** Atomwaffen müssen weg. Nicht nur die Atomwaffenoptionen der sogenannten Schurkenstaaten. Alle. Zuerst müssen wir dieser Realität ins Auge schauen. An dieser Tatsache ist nichts zu rütteln: Nichtverbreitung kann es nicht ohne Abrüstung geben. Das ist sogar die Basis des NVV. Alles anders ist illusorisch.



4. Um diesen Prozess zu beginnen, brauchen wir einen Rahmen. Die Atomwaffenkonvention bietet ihn an. Demnach setzten sich die Staaten ein Ziel: alle Atomwaffen abzuschaffen (the abolition of nuclear weapons). "Abolition" bedeutet mehr als "Abrüstung". Abrüstung umfasst nur die technische und physische Eliminierung der Atomwaffen selbst. Die "Abschaffung" (abolition) beinhaltet sowohl Nichtverbreitung als auch die Abrüstung, die ihrerseits das Verbot der Entwicklung, des Erwerbs, des Besitzes, des Transfers, des Einsatzes und die Drohung des Einsatzes einschließt.

5. Es gibt mehrere Möglichkeiten, über die Abschaffung aller Atomwaffen zu diskutieren oder über eine Atomwaffenkonvention zu verhandeln. Eine Möglichkeit ist das vorgeschlagene "Abrüstungs"-Gremium in der ständigen Abrüstungskonferenz in Genf. Es sollte baldmöglichst eingerichtet werden. Der Vorteil dabei ist, dass auch die Atomwaffenstaaten außerhalb des NVV (Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea) in diesem Gremium vertreten sind. Alternative: Es könnte ein Prozess außerhalb der bereits bestehenden Gremien initiiert werden, analog dem "Ottawa-Prozess" über die Landminen, bei dem ein Staat einlädt, über die Abschaffung aller Atomwaffen zu reden.

6. In den Diskussionen bzw. Verhandlungen über eine Atomwaffenkonvention wird über diesen Prozess diskutiert. Was sind realistische Zeitrahmen für jede Abrüstungs-Phase? Wie kann man absolut sicher sein, dass Staaten, die eine "minimale" Abschreckung von ein paar Hundert Atomwaffen erreicht haben, nicht gegen ihre Verpflichtungen verstoßen? Wie sichert man die Spaltmaterialien oder gar die letzten Atomwaffen ab? Sollen sie alle unter internationale Kontrolle gestellt werden?

7. Es wird erst einen Fortschritt bei der Schritt-für-Schritt-Herangehensweise geben können, wenn die Schritte im Rahmen von solchen Verhandlungen unternommen werden. Denn nur dann können die Bedürfnisse aller Seiten bedient werden. Es wird somit Nichtverbreitungs- und Abrüstungsmaßnahmen geben müssen, die beide dem gleichen Ziel dienen: eine atomwaffenfreie Welt. ●

BUCHBESPRECHUNG

"Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit"

"Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!" Der Plakattext könnte auch als Überschrift über das Leben eines gewaltfreien Aktivisten stehen, dessen Autobiographie gerade erschienen ist, ein sehr persönliches, selbstkritisches, offenes Buch. Eine gelungene Verknüpfung von persönlichen Lebensereignissen mit Berichten über die Teilnahme von direkten gewaltfreien Aktionen bis hin zur theoretischen Reflexion verschiedener Problematiken.



Wolfgang Sternstein, 1939 in Braunschweig geboren, lernte brutale Gewalt früh kennen, vor allem durch seinen Vater, der mit Leib und Seele Nazi war. Weil er anderen nicht antun wollte, was ihm selber angetan worden war, verweigerte er den Kriegsdienst und setzte sich mit der Frage nach einer konstruktiven Alternative zur militärischen Verteidigung auseinander. Er widmete sich fortan der Forschung über gewaltfreie Aktion und Soziale Verteidigung. Er lebt in einer "Zwitterexistenz als Friedensforscher und Friedensarbeiter, als Wissenschaftler und „Basispolitiker“.

Stichwortartig einige Stationen seines Engagements:

Why!, Brokdorf, Großengstingen, EUCOM, Mutlangen, Büchel, Pflugschar-Aktionen, Gefängnisaufenthalte.

Wolfgang Sternstein: Mein Weg zwischen Gewalt und Gewaltfreiheit. Autobiografie.

Vorwort:

Horst-Eberhard Richter,

Norderstedt:

Books on Demand 2005.

ISBN 3-8334-2226-2.

488 Seiten, 50 Fotos

28 Euro

Zu bestellen auch in der Pressehütte.

Michael Schmid,
Lebenshaus Gammertingen ●

Zum Antikriegstag, am Sonntag, den 1.9.2002 versammelten sich – zum ersten Mal unter der Leitung des Initiativkreises - ca. 100 DemonstrantInnen vor dem Tor des Atomwaffenlagers Büchel. Nach einer Eröffnungsveranstaltung wurde das Lager mit Trompeten und Hörnern umrundet. In Anlehnung an die biblische Geschichte vom Fall der Mauern von Jericho – nachdem an sieben Tagen jeweils einmal die Mauern von Jericho umrundet wurden und am siebten Tag dann siebenmal, fielen die Mauern – war dies die erste Umrundung. Angelehnt an Arbeiten von Hildegard Goss-Mayr und Jean Goss, nach denen ein Unrecht nur solange Bestand haben kann, wie es ausreichend Stützen dafür gibt, geht der Initiativkreis davon aus, dass die Atomwaffen deswegen dort lagern können, weil die Justiz, die Öffentlichkeit, die Politiker, Polizei und Soldaten, Kirchen und nicht zuletzt die unmittelbar betroffenen Nachbarn des Lagers dies befürworten bzw. dazu schweigen. Der Initiativkreis hat das Ziel, das lokale Schweigen zu durchbrechen. Vor allem die örtliche Bevölkerung soll dazu bewegt werden, sich gegen die Lagerung der Atomwaffen auszusprechen und damit den Kampf gegen die Atomwaffen unterstützen. Es ist durchaus daran gedacht, dann im siebten Jahr in einer groß angelegten und angekündigten Aktion gemeinsam das Lager zu betreten. Vor und nach jeder Veranstaltung werden Gespräche sowohl mit dem Commodore und anderen Offizieren des 33. Luftwaffengeschwaders in Büchel und mit dem Leiter der örtlichen Polizei in Cochem geführt. Zugleich fanden Gespräche mit den Bürgermeistern der beiden Nachbarorte Büchel und Alfien statt, die interessanterweise gegenüber Anregungen für eine alternative Nutzung des Geländes nicht abgeneigt waren. Am Dreikönigstag 2005 fand ein Treffen mit der katholischen Frauengemeinschaft Alfien statt. Die Frauen erzählten, wie dort nach dem Zweiten Weltkrieg Wallfahrten stattfanden, um das Atomwaffenlager zu verhindern. Inzwischen hätten alle ihren Frieden damit geschlossen. Am 4.9. – an dem dann die 4. Umrundung ansteht – wird vor dem Tor zum Atomwaffenlager eine große Friedentafel stehen, die alle Ankommenen diesseits und die Soldaten jenseits des Zaunes zum Frühstück einlädt. Es werden Tischreden gehalten, die davon berichten, wie sich herkömmliche Positionen aufgeweicht und verändert haben.

rb ●

Die nukleare Teilhabe im Blickpunkt deutscher Politiker

Spätestens seit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes vom 8.7.1996, der aus Sicht der internationalen Friedensbewegung und etlicher Richter die Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffen festgestellt hat und zu entsprechenden Konsequenzen führen müsste, sind viele Bundestagsabgeordnete zur Rolle der nuklearen Teilhabe Deutschlands im Rahmen der NATO-Politik befragt worden.

Eine richtige Debatte darüber hat es trotzdem nicht gegeben. Bis Ende 2003.

Nahezu zeitgleich zum Start der Kampagne „Atomwaffenfrei bis 2020“, die die Unterstützung der Mayors für Peace bis heute als einen Schwerpunkt der Arbeit betrachtet, im übrigen mit großem Erfolg, befragte der Heidelberger Friedensaktivist Hermann Theisen aus Heidelberg im Dezember 2003 sämtliche Bundestagsabgeordneten schriftlich zum Thema Atomwaffen und ganz konkret zur Bewertung des Sicherheitsrisikos, „ausgelöst durch die in der Bundesrepublik stationierten Atomwaffen bzw. der damit verbundenen nuklearen Teilhabe“.

Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, der SPD-Politiker Walter Kolbow schreibt dazu unmissverständlich: „Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung, die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und das nukleare Streitkräftepotenzial erfordern auch in Zukunft die deutsche Teilhabe an den nuklearen Aufgaben. Dazu gehören die Stationierung von verbündeten Nuklearstreitkräften auf deutschem Boden, die Beteiligung an Planung, Konsultationen sowie die Bereitstellung von Trägermitteln. Deutschland erlangt durch die nukleare Teilhabe weder im Frieden noch im Verteidigungsfall jemals eine Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen.“ Diese Sicht wird von den meisten seiner Kollegen im Bundestag, egal welcher Fraktionen, geteilt, was Hermann Theisen zum Schluss kommen lässt: „Was allerdings anderes als mittelbare Verfügungsgewalt ist der potentielle Einsatz von Atomwaffen, welcher

auf dem Fliegerhorst Büchel tagtäglich geübt wird?“

Die stellvertretende Außenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Uta Zapf, erklärte immerhin: „Ich persönlich unterstütze die Forderung, Atomwaffen nur in den Besitzerstaaten zu stationieren. Am besten wäre die Realisierung des Vorschlages, alle Nuklearwaffen unter die Kontrolle der UNO zu stellen.“ Und weiter schreibt sie: „Der Ausstieg der NATO aus der nuklearen Teilhabe fände meine volle Unterstützung. Es ist aber völlig unrealistisch zu verlangen, dass die Bundesregierung einen solchen Vorstoß unternimmt, weil damit das NATO-Bündnis gesprengt würde. (...)“

Druck zur Beendigung der nuklearen Teilhabe muss wachsen

Druck aus allen Bevölkerungskreisen scheint damit die einzige Möglichkeit zu sein, diese politische Durchsetzbarkeit einzufordern.

Insofern ist es außerordentlich wichtig, parallel auf verschiedenen Ebenen die Diskussion dazu zu fördern. Ein koordiniertes Vorgehen der Kampagne „Atomwaffenfrei bis 2020“ und der deutschen Mayors for peace sowie den Aufrufern zur Befehlsverweigerung, die vom Amtsgericht Cochem im November 2004 verurteilt wurden, ist deshalb sinnvoll.

Aktuelle Unterstützung kommt aus den Reihen der Regierungskoalition. So schrieb Winni Nachtwei, verteidigungspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, als Reaktion auf eine mail-Aktion der GAAA anlässlich des Cochemer Urteils: „Es dürfte Sie nicht überraschen, dass wir ein Ende der nuklearen Teilhabe Deutschlands begrüßen würden.“ In diesem Sinne hat er genauso wie Ex-Parteichefin Angelika Beer am 9.2.05 die Beendigung der nuklearen Teilhabe sowie den Abzug aller Atomwaffen aus Europa gefordert, nachdem ein Bericht aus den USA über neue Atomwaffenanzahlen in Europa veröffentlicht wurde.

Diese Chance gilt es zu nutzen. rb ●

Land	Stützpunkte	Trägerflugzeug	Lagergröße	Fassungsvermögen	US-Sprengköpfe in NATO Teilhabe	US-Sprengköpfe	Summe der gelagerten Sprengköpfe
Belgien	Kleine Brogel	Belgische F-16	11	44	20	0	20
Deutschland	Büchel	Deutsche Tornados	11	44	20	0	20
Deutschland	Nörvenich	Deutsche Tornados	11	44	0	0	0
Deutschland	Ramstein	US F16	55	220	40	90	130
Griechenland	Araxos	-	11	44	0	0	0
Italien	Aviano	US F16	18	72	0	50	50
Italien	Ghodi Torre	Ital. Tornados	11	44	40	0	40
Türkei	Akinci	Türkische F16	6	24	0	0	0
Türkei	Blikesir	Türkische F16	6	24	0	0	0
Türkei	Incerlic	US F16	25	100	40	50	90
Niederlande	Volkel	Holländische F16	11	44	20	0	20
Großbritannien	Lakenheath	US F15	33	132	0	110	110
Gesamtzahl			209	836	180	300	480

In Europa lagern doppelt so viele Atombomben wie bisher angenommen.„Doch die große Frage ist: Warum, obwohl der kalte Krieg seit einem Jahrzehnt beendet ist? Weder die USA noch die Nato seien in der Lage, eine glaubwürdige Antwort darauf zu geben, welcher Zweck mit diesen Waffen verfolgt wird“, erklärte [3] Hans M. Kristensen, der Autor der Studie: „U.S. Nuclear Weapons in Europe A review of post-Cold War policy, force levels, and war planning“ Sie basiert auf frei gegebenen Geheimdokumenten, Militärpublikationen und kommerziellen Satellitenaufnahmen.

Die englischsprachige Studie ist zu finden unter: <http://www.nrdc.org/nuclear/euro/contents.asp>.

Kriegsrat - Nein danke!

Alternativkonferenz und Proteste gegen die Münchner Sicherheitskonferenz

Orwell lässt grüßen! Die Münchener Sicherheitskonferenz hatte dieses Jahr das Motto: „Frieden durch Dialog“, fast so als würde im Bayrischen Hof eine Friedensgruppe tagen. Doch die Lügen der Kriegsplaner stoßen auf wachsenden Widerspruch, auch wenn sich die Wölfe bemühen den Schafpelz überzuziehen.

„Kommt er oder kommt er nicht“, das war die Frage im Vorfeld der Sicherheitskonferenz. Donald Rumsfeld hatte verlauten lassen, er käme nicht, solange gegen ihn ermittelt würde. Die US-amerikanische Menschenrechtsgruppe Center for Constitutional Rights aus New York hatte den US-Verteidigungsminister wegen der Folterungen im Irak nach dem deutschen Völkerrechtsstrafrecht angezeigt.

Willfähige Justiz

Rumsfeld kam! Obrigkeitshörig hatte die Bundesstaatsanwaltschaft keine Ermittlungen angestellt und kurz vor der Sicherheitskonferenz das Verfahren eingestellt. Die Strafverfolgungsbehörden der USA seien zuständig. Die Menschenrechtsverletzungen im Irak werden vom Tisch gewischt, wenn die Bundesregierung auf Annäherungskurs mit den USA gehen will.

Spagat des Oberbürgermeisters

Christian Ude muss als Stadtoberhaupt einerseits die „hohen Herren und Damen“ empfangen, andererseits versucht er ihnen ins Gewissen zu reden. Vor zwei Jahren führte er während der Sicherheitskonferenz eine Demonstration gegen die Kriegsplanungen im Irak an. Allerdings mit einem eigenen Aufruf und nicht gemeinsam mit dem Aktionsbündnis. Berührungspunkte! Letztes Jahr beim städtischen Empfang kritisierte er den Irakkrieg. Die im Vorjahr erhobenen Vorwürfe des Besitzes von Massenvernichtungswaffen seien unbelegt geblieben. Solche Kritik wollten die Kriegsplaner aber nicht hören. Damit sich so etwas in diesem Jahr nicht wiederholt, verzichtete der Veranstaltungsorganisator in diesem Jahr auf einen städtischen Empfang. Man blieb im Bayrischen Hof. Der Bundespräsident redete. Ude wurde als einfacher Gast kalt gestellt.

Verpasste Chance

Der Münchner Gemeinderat hatte in seiner Januarsitzung beschlossen, dass der OB repräsentativ im Zusammenhang mit der Sicherheitskonferenz Mayors for Peace beitreten soll. Die Stadtverwaltung ließ das Wochenende verstreichen, ohne die sich bietenden Gelegenheiten zu nutzen: die alternative Friedenskonferenz im Rathaus, die Eintragung Kofi Anans ins goldene Buch der Stadt München.

Vereinnahmung

Die Einladung und eine Preisverleihung an Kofi Anan sollte der Sicherheitskonferenz ein weniger militaristisches Erscheinungsbild verpassen. Der Generalsekretär der UNO als Aushängeschild. Anan machte mit und scheute einen deutlichen kritischen Diskurs. Er blieb lieber im Bayrischen Hof, als die Rolle der Nichtregierungsorganisationen für den wirklichen Friedensdialog zu unterstreichen. Nicht einmal ein schriftliches Grußwort, wie OB Ude gebeten hatte, konnte im alten Rathaus verlesen werden.

Dialog fand noch nicht statt

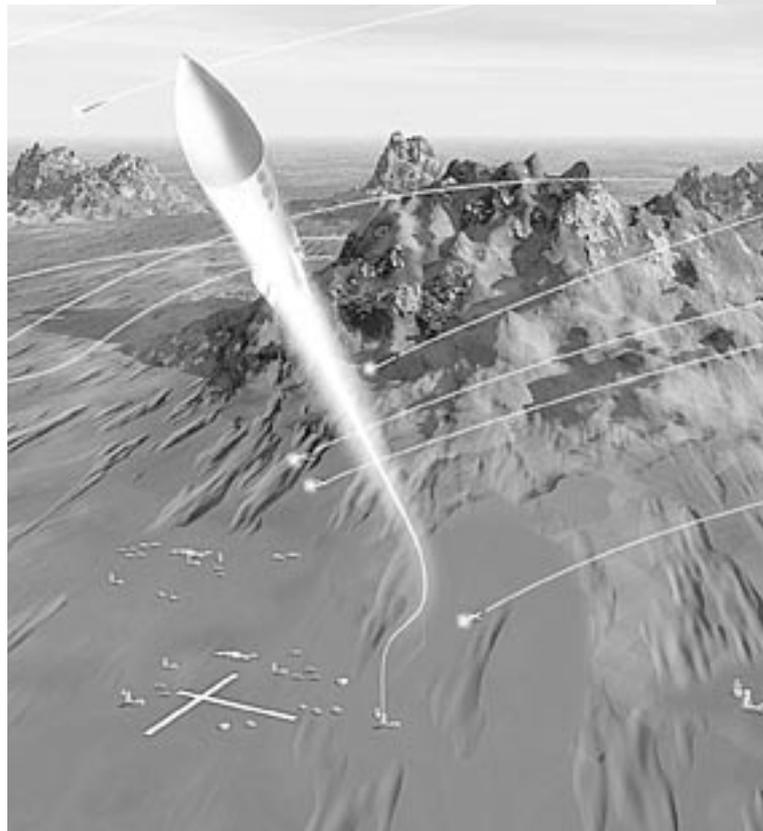
Im Bayrischen Hof blieben die militärischen Sicherheitsplaner unter sich. Trotz Differenzen um die Rolle der NATO, hervorgerufen durch die Rede des Bundeskanzlers, herrschte Einigkeit: die eigenen wirtschaftlichen Interessen werden militärisch abgesichert.

4000 Polizisten sorgten dafür, dass die gleiche Anzahl Gegendemonstranten nicht in die Nähe des Bayrischen Hofes kamen.

Die Friedensbewegung nimmt seit einigen Jahren die Sicherheitskonferenz zum Anlass, gegen Krieg und Kriegsvorbereitung zu protestieren und eine zivile Sicherheitspolitik einzufordern.

Dass sie sich erstmals im Alten Rathaus zur internationalen öffentlichen Friedenskonferenz: „Frieden und Gerechtigkeit gestalten“ versammeln konnte, war ein wichtiger Schritt. Die Münchner Friedensbewegten wollen weiter daran arbeiten, dass ein wirklicher Dialog entsteht und dieser nicht nur als Verschleierungsformel im Munde geführt wird.

wsh ●



Deutsche Beteiligung an Raketenabwehr als transatlantische Anbiederung?

Dieser Tage steht die Entscheidung an, ob sich Deutschland an der Entwicklung des Raketenabwehrsystems MEADS beteiligt.

Wenn der Bundestag das Projekt ablehnt, dann ist das Bernd Kubbig von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung mitzuverdanken, der ein präzises und kritisches Gutachten schrieb, das massive Zweifel an der militärischen Notwendigkeit und an der Finanzierbarkeit darlegt.

Kubbig schätzt die Anschaffungskosten viermal höher ein als das Verteidigungsministerium: 12 statt 2,9 Milliarden Euro.

Italien und die USA haben bereits Ende September das erforderliche Memorandum of Understanding (MoU) unterzeichnet. Deutschland bekam sechs Monate Zeit für die erforderliche Zustimmung des Bundestages. Die Gefahr besteht, dass Berlin, um das transatlantische Verhältnis zu bessern, dem unsinnigen und gefährlichen Rüstungsprojekt zustimmt.

Der Verteidigungsausschuss hat sich bereits für eine Beteiligung ausgesprochen. Er übernahm in seinem Beschluss fast wörtlich die Vorlage des Verteidigungsministeriums, obwohl diese inhaltlich widersprüchlich ist.

Meads hat eine Reichweite von bis zu 1000 km. In diesem Umkreis ist Deutschland nur von befreundeten

Nationen umgeben. So ist die Behauptung, MEADS könne das deutsche Territorium schützen, irreführend.

MEADS ist eher im Verbund mit der Aufrüstung bei den Offensivwaffen zu sehen. US Planungen wollen es zum Schutz von Eingreiftruppen einsetzen. MEADS ist dort nur ein Baustein für die globale Raketenabwehr.

Da es keine großen Unterschiede in der Raketentechnik zwischen Raketen und Abwehr raketen gibt, dürfte die weitere Verbreitung von Systemen à la Meads zu einem Teil des Problems werden, das es in anderen Teilen der Welt bekämpfen möchte.

Die komplette Studie ist im Internet zu finden unter:

www.hsfk.de/abm/bulletin/pdfs/kubbig9.pdf

wsh ●

Jürgen Menzel:
Friedensfachkraft im Sudan



Seit Mitte Februar ist Jürgen Menzel als Friedensfachkraft im Sudan. Er unterstützt Nichtregierungsorganisationen bei der friedlichen Rückführung der drei Millionen Bürgerkriegsflüchtlingen. Dreieinhalb Monate wurde er vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) auf seinen Einsatz vorbereitet. Seine Mutlanger Erfahrungen fließen ebenfalls in seine Arbeit in Afrika mit ein. Bei seinen Heimataurlaubs will Jürgen Menzel sein Wissen aktiv weitergeben und bietet mit seiner Frau Miriam Krämer einen Grundkurs an.

Zivile Konfliktbearbeitung und Gewaltfreie Aktion

2 Wochenblöcke und 2 Wochenenden (insg. 14 Tage); Orientierungstag Sa. 23 Juli 05; Der Grundkurs vermittelt Basiswissen, um konstruktiver mit Konflikten umzugehen, um bei Gewalt deeskalierend einzugreifen und sich mit gewaltfreien Aktionen politisch einzumischen.

Aus den Inhalten:

- Verstehen und Verändern von eigenem und fremdem Konfliktverhalten
- Gewaltfreie Kommunikation, Konfliktvermittlung (Mediation) und Konsens
- Formen der Gewalt erkennen und Wege zu ihrer Überwindung
- Kennen lernen von Gewaltfreiheit und Gewaltfreier Aktion

Der Grundkurs wird von der AGDF gefördert. Er wird von anderen Bildungsträgern als Grundlage für weitere Aufbaukurse anerkannt.

Leitung: Miriam Krämer, Friedensfachkraft + Dipl. Musikerin
Jürgen Menzel, Dipl. Sozialpäd. FH + Mediator

Kosten: 590,- + Unterkunft und Verpflegung (Ermäßigung auf Anfrage möglich)

Anmeldung und weitere Infos: miriam-kraemer@gmx.net ●

Gewaltfreie Aktionen: Atomwaffen abschaffen

„Märchenweisheit der Völker – Konfliktlösung ohne (atomare) Gewalt“

Diese bundesweite Veranstaltungsreihe (1.-14.5.) der GAAA in Kooperation mit der DFG-VK mit Hansjörg Ostermayer findet anlässlich der Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag in New York statt. Der FreiRaum berichtet ausführlich darüber. Die Reihe will die kulturelle Brücke von den Verhandlungen nach Deutschland bauen. Mit seinen überaus engagiert und amüsant vorgetragenen Märchen für Kinder und Erwachsene von durch Atomtests bedrohten Völkern setzt sich Ostermayer für Konfliktlösungen ohne (atomare) Gewalt ein. Auf unnachahmliche Weise öffnet er die Augen und Herzen der Besucher und motiviert damit zu weiterem Engagement für eine Welt ohne Atomwaffen. Geplant sind derzeit folgende Abend- und Schulveranstaltungen: 3.5. Augsburg, 7.5. Ellwangen, 8.5. Ludwigsburg, 9.5. Nottuln. Weitere Veranstaltungen sind willkommen. Kontakt: Roland Blach, 0711-2155112, gaaa@paritaet-bw.de, www.gaaa.org.



Hans-Jörg Ostermayer bei der Protestkundgebung am EUCOM in Stuttgart im Oktober 2005

60 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Anlässlich des 60. Jahrestages der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki finden in der Zeit zwischen 6. und 9. August neben traditionellen Gedenkfeiern zwei außergewöhnliche Aktionen statt:

Die Nacht der 100.000 Kerzen für eine Welt ohne Atomwaffen, zu der die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) gemeinsam mit Ohne Rüstung Leben (Koordination) aufruft. Eine ausführliche Aktionsbeschreibung liegt diesem FreiRaum bei.

„Pacemakers“ – sportlich aktiv für eine atomwaffenfreie Welt ein Radmarathon der besonderen Art, den mehrere Friedensorganisationen vorbereiten und der auch von der GAAA unterstützt wird. Ein Flyer liegt ebenso diesem FreiRaum bei.



Die GAAA organisiert mit dem israelische Wistleblower Mordechai Vanunu eine Rundreise (siehe folgende Seite). Jericho I und Jericho II sind die Namen zweier israelischer Atomwaffen.

BOMBSPOTTING XL.
16 april 2005 XL.

Bei „Bombspotting XL“ wird am 16.4. zugleich in die politische Zentrale der NATO in Brüssel, in die militärische Zentrale in Mons und in den belgischen Atomwaffenstandort Kleine Brogel eingedrungen und gegen diese protestiert. Wer an der Bomspotting-Aktion nicht persönlich nach Belgien fahren kann, hat jetzt die Möglichkeit, dennoch Teil der Aktion zu sein: Auf der Webseite www.bombspotting.be ist es möglich, eine internationale Unterstützungserklärung (International support declaration) zu unterzeichnen. Bei der Spende von einem nominalen Euro gilt man als rechtlich mitverantwortlich und nimmt so indirekt an der Aktion teil.

Wer an der Aktion vor Ort selbst teilnehmen möchte, hat übrigens die Möglichkeit, vorher an einem Training für gewaltfreie Aktion teilzunehmen.

Ansprechpartner für Aktive aus Deutschland: Kai-Uwe Dosch, Tel. 02381-404253, kai-uwe.dosch@hammkomm.de **rb ●**

Alle Aktivitäten der GAAA und die regelmäßige Präsenz der GAAA durch unsere „Profis“ Marion Küpker und Roland Blach ist auf nationaler wie internationaler Ebene ohne Ihre einzelne oder dauerhafte Spende nicht möglich. Wir rechnen mit Ihnen. Spenden Sie einmalig, regelmäßig oder durch Erteilung einer Lastschrift für unsere Patenschaften. Vielen Dank!

Bankverbindung:
GAAA,
Kontonummer 8019151200,
BLZ 43060967,
GLS Gemeinschaftsbank
BW-Förderverein für Frieden/Abrüstung e.V.
Volksbank in Stuttgart,
Kontonummer 563131004,
BLZ 60090100,
Stichwort: „Atomwaffen“

Mordechai Vanunu

Rundreise im Mai/Juni 2005

Heute ist es für die Regierungen der Welt ein offenes Geheimnis, dass Israel Atomwaffen besitzt. Unabhängige Experten schätzen die Menge der Atomsprengköpfe auf 75-400, womit Israel zur fünft größten Nuklearmacht zählt - genug Atombomben, um den gesamten Nahen- und Mittleren Osten zu zerstören. Diese Offenlegung verdanken wir Mordechai Vanunu, der in der Plutoniumfabrik Dimona, wie Tausende anderer Arbeiter, arbeitete. 1986 gab Mordechai Vanunu Fotografien aus dem Inneren der geheimen Atomwaffenfabrik an die britische Zeitung „The Sunday Times“ weiter. Dafür wurde er, „in einem illegalen Akt auf fremden Boden“, vom israelischen Geheimdienst aus Italien nach Israel verschleppt. In Israel wurde Mordechai in einem Geheimprozess zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, von denen er allein 11 Jahre in Einzelhaft verbrachte. Er wurde im April letzten Jahres, mit der offiziellen Auflage nicht mit der Presse sprechen und für ein Jahr Israel nicht verlassen zu dürfen, entlassen.

Mordechai, der für seinen aufrichtigen Gang, bereits viele internationale Auszeichnungen erhalten hat, glaubt an eine Zukunft ohne Gewalt und möchte auch heute noch seine Überzeugungen frei artikulieren dürfen. Er gab bereits mehrere Interviews an die ausländische Presse und im Oktober 2004 wurde auf dem Europäischen Sozialforum in London eine Live-Schaltung mit ihm organisiert. Wenn der israelische Geheimdienst ihm diesen April nicht in die Quere kommt, möchte Mordechai im Mai zu den NVV (Nichtverbreitungsvertrag) Verhandlungen zur UN nach New York. Daran anschließend möchte er für ca. zwei Wochen ab dem 27. Mai an einer Vortragsreise in der BRD teilnehmen, die von und mit Marion Küpker aus der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen organisiert wird. Im Mittelpunkt der Vortragsreihe sollen die Möglichkeiten stehen, wie eine atomwaffenfreie Zone im Nahen- und Mittleren Osten erreicht werden kann. Wenn es die finanziellen Umstände zulassen, möchte Mordechai zudem an den diesjährigen 60. Gedenkfeierlichkeiten in Hiroshima und Nagasaki teilnehmen.

Gruppen gesucht

Für diese Rundreise suchen wir Gruppen, die vor Ort eine Veranstaltung mit Mordechai organisieren möchten und dafür 600 Euro Honorar/Fahrtkosten und private Unterkunft und Verpflegung aufbringen können. Honorare und Fahrtkosten müssen davon für zwei Personen gedeckt werden. Es stellt sich zwar erst ab Mitte April heraus, ob es Mordechai wirklich erlaubt sein wird Israel zu verlassen, aber eine Vorbestellung eines Raumes kann dann noch rückgängig gemacht bzw. verschoben werden und für die Mobilisierung ist trotzdem genug Zeit. Mordechai wird auf jeden Fall zu einem ihm erlaubten späteren Zeitpunkt die Rundreise durchführen.

Atomwaffenpolitik in Israel

Als der damalige US Präsident J.F. Kennedy über Geheimdienstberichte von einem israelischen Atomwaffenprogramm und der Atomwaffenfabrik Dimona erfuhr, befürchtete er ein Wettrüsten im Nahen- und Mittleren Osten und forderte Inspektionen. Im Mai 1961 fand eine Inspektion statt, bei der die Inspektoren getäuscht wurden. Es wurde ein falscher Kontrollraum gezeigt und die Eingänge der sechs darunter liegenden Stockwerke wurden zugemauert und verputzt. Nach dem Mord an J.F. Kennedy ließ der Druck auf Israel nach und 1969 gab es zwischen dem israelischen und dem US-amerikanischen Präsidenten Nixon ein Abkommen, welches bis heute gilt: Israel darf Atomwaffen besitzen, sofern dieses nicht öffentlich



zugegeben wird. Der Fachbegriff hierfür heißt: „Nukleare Doppelgleisigkeit“, ein Luxus, den nur Israel genießt. Daher ist heute das Land eine „Inspektionsfreie Zone“. In Dimona wird das Plutonium hergestellt, in Yodefat wird es montiert, in Zachariah und Eilabun wird es aufbewahrt (bereit für die Tel Nof Militärbasis mit F-15 und/oder F-16 Kampfflugzeuge), in Haifa sind drei Atom U-Boote stationiert und die Bio- und Chemiewaffenlaboratorien befinden sich in Nes Ziyvona. Auch hat Israel keine internationalen Verträge über Chemie- oder Biowaffen unterschrieben. Im israelischen Parlament kam das nukleare Thema im Februar 2000 durch den Abgeordneten Mahoul zur Sprache, der nicht in Vanunu das Problem sieht, sondern in der Politik der israelischen Regierung. 40 Jahre alte Reaktoren werden normalerweise abgeschaltet, doch Dimona untersteht direkt der Kontrolle des Ministerpräsidenten und ist deshalb außer Reichweite für das Parlament oder öffentliche Untersuchungen. Einige Abgeordnete verließen aus Protest die Knesset und Mahoul wurde daran gehindert sie zu beenden. In der westlichen Hemisphäre gibt es keinen einzigen Staat, der sich darum scheren würde, dass Israel das atomare Wettrüsten im Nahen- und Mittleren Osten begonnen hat und das einzige Land der Region ist, welches definitiv einsatzbereite Atomwaffen besitzt und besessen hat.

Bereits 1981 zerstörte die israelische Regierung in einem illegalen Luftangriff einen noch nicht in Betrieb befindlichen irakischen Forschungsreaktor, um vorbeugend einer Plutoniumproduktion entgegenzuwirken. Das US-Pentagon verweigert Informationen zu dem israelischen nuklearen Themenbereich, obwohl Washington mit seinen jährlichen 3 Milliarden Dollar Geldzahlungen genug Druckmittel in der Hand hätte, sofern gewollt, Israels nukleare Abrüstung zu erzwingen. Von wem in der Region die tatsächliche Bedrohung ausgeht und wie das dortige Kräfteverhältnis real aussieht wird an diesem Punkt deutlich.

Weitere Informationen sind über Marion Küpker, marion@motherearth.org, und das GAAA Büro in Stuttgart erhältlich. mk ●

Bunkerbuster und Mininukes

Im letzten FreiRaum hatten wir im Editorial von dem „fast Unglaublichen“ berichtet, dass der US Kongress für den Haushalt 2005 „keine Gelder zur Entwicklung von Mininukes und Bunkerbustern“ genehmigt. Diese Nachricht stiftete ein wenig Verwirrung, da es bei der Nichtbewilligung nicht um Bunkerbuster (erdeindringende Raketen) insgesamt ging, sondern nur um den atomaren Bunkerbuster. Die sogenannten konventionellen Bunkerbuster sind ab 1997 mit einem Material größerer Dichte weiterentwickelt worden, um damit in noch größere Tiefen vordringen zu können. Der unabhängige britische Waffenforscher Dai Williams fand im Internet in den Waffenpatenten der Hersteller, dass diese mit abgereichertem Uran (DU) oder Wolfram ausgestattet sein können. Wolfram ist sehr teuer und wird hierfür nicht ausreichend abgebaut, aber DU ist in Unmengen umsonst vorhanden. Allein beim Bunkerbuster GBU 28 & GBU 37 wird die DU Menge auf 1000-1500 kg geschätzt. Jetzt wurden die für den Haushalt



2005 nicht bewilligten nuklearen Waffen von der Bush-Regierung für 2006 wieder beantragt und zwar für: den „Robust Nuclear Earth Penetrator“ (nuklearen Bunkerbuster), die Erneuerung von Sprengköpfen und zwei neue Atomwaffenprogramme (Mini-Nukes). Der Kongressabgeordnete Edward Markey will die Zustimmung erneut verhindern. Dai Williams vermutet in der Auseinandersetzung um Mininukes und nukleare Bunkerbuster eine Scheindiskussion, um von den wirklichen Gefahren der uranhaltigen Waffen abzulenken, deren Gefahren für Mensch und Umwelt gelehnet werden und deren Verwendung öffentlich weder verneint noch bejaht wird. Atomare Explosionen sind durch das weltweite Überwachungsnetz gegen Atomtests nicht zu verheimlichen. Ein Einsatz würde sofort bemerkt und verurteilt werden. Auffällig ist, dass es bei dieser Bewilligung um ein Programm von nur wenigen Millionen geht. Einige der Patente von Uranwaffen findet Du/Ihr: www.bundeswehrabschaffen.de/cms/bwabschaffen/broschueren/uran/US-Patente.htm

mk ●

Was gibt's Neues in den juristischen Auseinandersetzungen wegen Aktionen der GAAA?

Wegen unseres Aufrufs zur Befehlsverweigerung an die Bundeswehrsoldaten in Büchel wurden Ermittlungsverfahren gegen acht GAAA-Aktive eingeleitet, die am 22. und/oder 23.11.04 in Büchel und/oder Cochem die Aufruf-Flugblätter öffentlich verteilt haben. Ferner gibt es ein Verfahren wegen Verschickung des Aufrufs per Post und ein weiteres wegen Dokumentation des Aufrufs im Internet. Mit denen, die wegen Verteilung der Flugblätter am 20.3. und 8.6.04 Verfahren haben, sind jetzt 13 Aktive betroffen. Von den vieren, die bereits Gerichtsverhandlung hatten und am 23.11.04 in Cochem in erster Instanz verurteilt wurden, hat einer - Wolfgang Sternstein - angekündigt, demnächst seine Berufung zurückzuziehen, so dass dann seine zweimonatige Haftstrafe ohne Bewährung rechtskräftig werden wird. Es wird das zehnte Mal sein, dass ein/e GAAA-Aktive/r wegen einer Aktion in Büchel ins Gefängnis gesperrt wird. Die drei anderen Verurteilten warten auf ihren Berufungstermin im Landgericht Koblenz. Der fünfte Flugblattverteiler vom 8.6.04 - Wolf-Dieter Wiebach - wird einen Verhandlungstermin in erster Instanz in Cochem bekommen, wenn er im Mai aus Bolivien zurückkehrt.

Wegen unserer Go-In-Aktion in Büchel am 23.5.2003 ist auch das letzte Verfahren inzwischen abgeschlossen: Hermann Theisen hat seine Revision zurückgezogen, seine Geldstrafe ist somit rechtskräftig. Es ist die rechtskräftige Verurteilung Nr. 42 wegen GAAA-Aktionen gegen die Atomwaffenlagerung in der Südeifel. 36 Aktive wurden davon betroffen. Vier von ihnen wurden zwei Mal und einer drei Mal rechtskräftig verurteilt. Die Freikaufaktion anlässlich meiner Inhaftierung (26.11.-3.12.04) hat nicht nur die für die Auslösung erforderlichen 70 erbracht, sondern auch einen Überschuss von 221, der dem GAAA-Prozesshilfefonds zu Gute kommt.

Bitte schickt weiterhin alle Informationen zu den rechtlichen Folgen unserer Aktionen an mich: Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

Martin Otto ●

Ein Flugblatt gefährdet die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Wir berichteten im letzten FreiRaum ausführlich über die Verurteilung von 4 AtomwaffengegnerInnen durch das Amtsgericht Cochem wegen der Verteilung von Aufrufen zur Befehlsverweigerung. Nach Erhalt des bescheiden formulierten Urteils schreibt Hermann Theisen: „Diese Begründung ist derart absurd, dass sich eigentlich jeglicher Kommentar erübrigt, wären mit eben jener Begründung nicht Haftstrafen (ohne Bewährung!) ausgesprochen worden. Es scheint so, als habe der Richter seine liebe Mühe gehabt, sich eine Begründung dafür aus den Fingern saugen zu müssen, warum denn mit dem Flugblatt zu einer sprichwörtlichen Armada an Wehrstrafdelikten aufgefordert worden ist...“

So heißt es u.a. im Urteil: „Es ist nicht auszuschließen, dass Soldaten den Aufruf, sich nicht an den Einsatzbefehlen zu beteiligen bzw. diese zu verweigern, soweit verstehen, dass sie sich eigenmächtig von der Truppe entfernen bzw. Fahnenflucht begehen sollten.“

Die Begründung für die Aktion hat Martin Otto in seinem Schlusswort bei der Verhandlung in Cochem am 23.11.04 auf den Punkt gebracht: „Heute sitzen in diesem Gerichtssaal zum 12. Mal in 7 Jahren Leute der GAAA, die wegen einer Aktion des Zivilen Ungehorsams in Büchel angeklagt sind. Seit 7 Jahren müssen wir uns sagen lassen, wir sollten die Finger von Straftaten lassen, wenn wir auf die Atomwaffenlagerung hinweisen wollen. Straftaten seien der falsche Weg. Und wir seien uns ja bewusst, dass wir Straftaten begangen hätten und dass dies Konsequenzen habe.“

Bewusst sind wir uns aber nur darüber, dass wir Konsequenzen zu befürchten haben, weil Gesetze anders ausgelegt werden können als sie unserer Überzeugung nach ausgelegt werden sollten.

Ich meine, wir haben durchaus die Finger von Straftaten gelassen, als wir den Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt haben und auch bei

unseren früheren Aktionen, als wir durch den Zaun in das Bücheler Militärgelände hineingegangen sind. Wovon wir nicht die Finger lassen wollen ist der Zivile Ungehorsam. Das heißt: Wir übertreten Verbote. Wir haben am 8. Juni die Aufruf-Flugblätter verteilt, obwohl wir wussten, dass Hermann Theisen, der das am 20. März alleine schon einmal getan hatte, sich damit ein Ermittlungsverfahren eingehandelt hatte.

Ziviler Ungehorsam bedeutet nicht, dass wir zwangsläufig etwas Gesetzeswidriges tun, also Straftaten begehen.

Wenn uns also gesagt wird: „Ihr müsst keine Straftaten begehen, um auf Missstände hinzuweisen“, dann sage ich: Richtig“ Das haben wir auch nicht getan.

Allerdings wollen wir mehr als nur auf Missstände wie die nukleare Abschreckung hinweisen. Für das Hinweisen wären Demonstrationen und reine Protestaktionen tatsächlich die besseren Mittel. Das ist uns aber zu wenig. Denn es geht hier um Bomben, die Hunderttausende von Menschen umbringen können. Zwei dieser Bomben haben bereits Hunderttausende von Menschen umgebracht. Da sollten wir uns nicht mit Demonstrieren begnügen.

Wenn uns gesagt wird, ziviler Ungehorsam sei aber der falsche Weg, so denke ich: er ist genau der richtige Weg. Er kann mehr politischen Druck aufbauen, um Missstände zu beseitigen, als Demonstrationen das können.“

Wie es weiter geht

Die Berufungsverhandlung findet am 29. März, 9 Uhr vor dem Landgericht Koblenz (Karmeliterstraße 14) statt. Sicherheitshalber sollte man sich den Termin kurz vorher noch einmal bestätigen lassen: Tel.: 0261/102-1752 (AZ: 2010 Js 32620/04 - 7 Ns).

Spenden sind aufgrund der bevorstehenden weiteren Prozesse dringend auf folgendes Konto erbeten: Sonderkonto Hermann Theisen, Sparkasse Heidelberg, Bankleitzahl 67250020, Konto 1000499036. **rb ●**

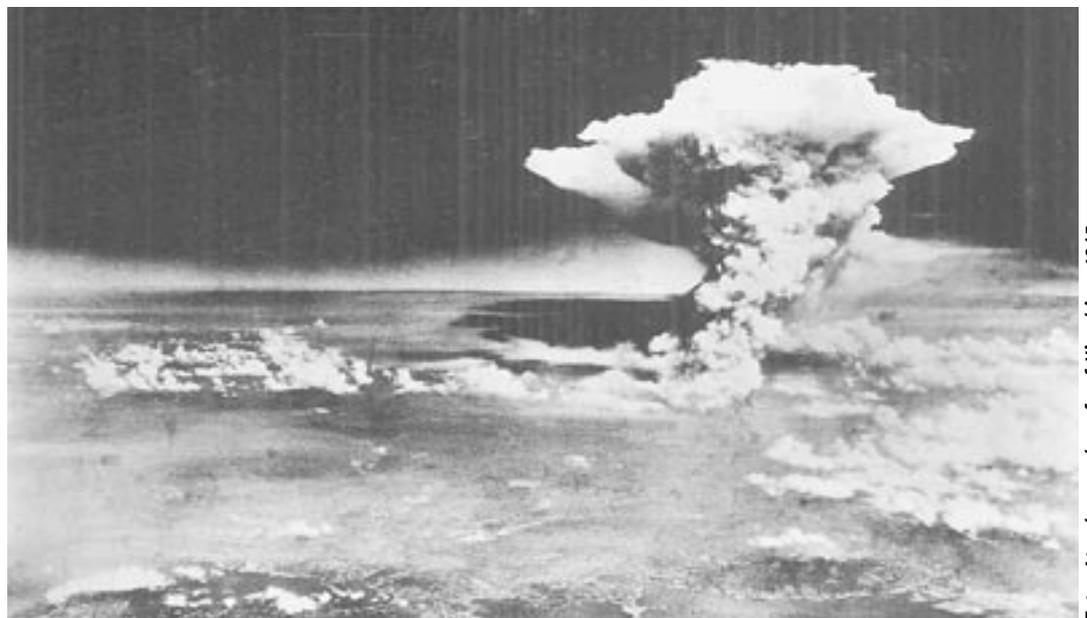


Foto: Atombombenabwurf auf Hiroshima 1945

Jugendtreffen in Hiroshima 31.7.-12.8.05

Nukleare Abrüstung ist eine Säule in der Entwicklung der Kultur des Friedens. Deshalb organisieren wir zusammen mit unseren japanischen Partnern das dritte internationale Jugendtreffen für Friedenskultur und die Abschaffung von Atomwaffen während der 60.Jahrestage der Bombardierungen von Nagasaki und Hiroshima. Diese internationale Veranstaltung für Jugendliche wird vom 31.7.-12.8. 2005 in Japan stattfinden.

Wir haben das Ziel, dass die jungen Leute Hibakushas (Überlebende der Atombombenabwürfe) und Bürgermeister Akiba von Hiroshima treffen können, den Vorsitzenden von „Mayors for Peace“. Workshops werden jedem/r Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich entsprechend der eigenen Interessen für nukleare Abrüstung einzusetzen.

Die Teilnehmer werden an den Gedenkfeierlichkeiten und der Weltkonferenz gegen Atom- und Wasserstoffbomben teilnehmen.

Wir wollen Tausende von Jugendlichen aus der ganzen Welt versammeln, um ihnen die

Möglichkeit zu geben, sich selbst ein Bild der Konsequenzen dieser Barbarei zu machen, hauptsächlich aber, damit sie sich mit japanischen Zeitzeugen austauschen können.

Wir wünschen uns, dass dies ein Treffen in großem Stil wird, um den Regierungen zu zeigen, dass junge Leute sich mit dem Thema Atomwaffen auseinandersetzen, dass sie sich um die Zukunft der Welt Sorgen machen. Es steht viel auf dem Spiel, gerade weil dieses Jahr auf Grund der NPT-Überprüfungskonferenz im Mai 2005 richtungsweisend für die nukleare Abrüstung ist.

Wir zählen auf Dich, auf Deinen Beitrag bei der Entwicklung einer Kultur des Friedens und damit auf deinen Beitrag für die Abschaffung der Atomwaffen. Wir sehen uns nächsten Sommer in Japan!

François GAGNAIRE, Jugendkoordinator e-Mail: gagnaire.francois@mvtpaix.org, und Sophie LEFEEZ, email: slefeez@hotmail.com, Kampagne für nukleare Abrüstung, Mouvement de la Paix. **Übersetzung: Philipp Kramer ●**

Erfolg in Renningen

Viele Bausteine und der Bürgermeister für die Abschaffung der Atomwaffen

In Renningen engagieren wir, Nina Eisenhardt, Hannah Buchter und Martina Stahl aus der 9. Klasse des Gymnasium Renningen, uns seit 2004 gegen Atomwaffen. Da wir die Bedrohung der radioaktiven Verseuchung durch Atomwaffen für unsere Generation nicht akzeptieren können.

Im vergangenen Jahr haben wir vom 17.11 bis zum 24.11 mit Unterstützung unserer Klassenstufe am Gymnasium Renningen die Aktion "DENK-mal-VÖLKERRECHT" mit großem Erfolg durchgeführt. Am Schluss betrug die Länge unseres Schutzwall zwei Meter aus 500 Holzklötzchen. Dieser Erfolg und die Unterstützung unserer Klassenkameraden, Lehrer und des Schulleiters Herrn Dr. Elflein, motivierte uns den Renninger Schutzwall am 4. und 5. 12. auf dem Weihnachtsmarkt in Renningen fortzusetzen, wo wir weitere 1,6m Schutzwall aus 400 Holzklötzchen bauten.

Wir trafen uns auch oft mit der Klassenstufe und informierten uns über Atomwaffen und Rüstungskontrollverträge. Außerdem informierten wir uns über die "Mayors for Peace" und konnten unseren Bürgermeister Herrn Faißt für einen Beitritt gewinnen. Er gab uns die Möglichkeit, im Jugendgemeinderat zu berichten. Dort stellten wir fest, dass nur wenige Jugendliche etwas über Atomwaffen wissen. Wir machten dann eine Infoveranstaltung für Jugendliche mit einer Ausstellung über Hiroshima und Nagasaki.

Im März/April 2005 wollen wir die Aktion "DENK-mal-VÖLKERRECHT" auch am Johannes Kepler Gymnasium in Weil der Stadt beginnen.

Da wir an der Aktionsreise nach New-York teilnehmen werden, können wir unser Schutzwallteilstück im Mai 2005 persönlich nach NY bringen. Wir können andere Jugendliche nur ermutigen, sich auch für ihre Zukunft einzusetzen. **Nina Eisenhardt ●**



Foto: Erwin Eisenhardt

Stipendien für Aktionsreise!

Für die Jugendaktionsreise nach New York können noch bis zum 15.3. Teilstipendien beantragt werden. Die Landesgruppe Baden-Württemberg des Internationalen Versöhnungsbunds vergibt diese an engagierte Jugendliche, um ihnen die Mitreise zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags vom 28.4. bis 14.5.2005 zu ermöglichen. Außerdem gibt es drei Teilstipendien für InteressentInnen aus dem Ostalbkreis! Wir werden in New York nicht nur an den Verhandlungen zur Überprüfungskonferenz teilnehmen und Lobbyarbeit machen, sondern auch Pressearbeit und Aktionen gehören zu den Schwerpunkten unseres Programms.

Weitere Informationen unter post@pressehuette.de oder Tel. 07171 75661 jk ●



Aktion Völkerrecht: Update

Die Aktion Völkerrecht zieht immer weitere Kreise.

Drei Monate vor der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags in New York sind...

- ...knapp 18 500 Unterschriften auf der Homepage www.aktion-voelkerrecht.de
- ...außerdem 15 000 Bausteine in Starterpaketen verschickt
- ...wachsende Ableger des Schutzwall in vielen Ländern, u.a. in Puerto Rico, USA, Indien, Japan, Großbritannien...
- ...SchülerInnen in Hamburg, Renningen, Berlin, Darmstadt, Wennigsen, sowie fast ein Dutzend Greenpeace-Jugendgruppen an der Aktion beteiligt

Wer selbst am Schutzwall baut, wird demnächst eine vorbezahlte Versandkarte inkl. Adresse und Termin für den Versand zur Spedition nach Frankfurt erhalten. Von dort aus werden die Ableger dann nach dem 15.4. nach New York transportiert, wo sie zu einem großen „DenkMal für das Völkerrecht“ zusammengefügt werden. jk ●



Foto: Charles Jenks

Prof. Siegwart Horst Günther wurde jetzt am 24. Februar 80 Jahre alt. Wir danken ihm sehr für seinen sehr hohen persönlichen Einsatz bei der Aufklärung der radioaktiv und chemisch toxischen Uranmunition. Auch hat Dr. med. Ralf Cüppers die Broschüre „Prof. Dr. Dr. med. habil Siegwart Horst Günther - Uran Geschosse“ neu herausgegeben, die direkt über die Webseite der Deutschen Friedensgesellschaft Vereinigter KriegsdienstgegnerInnen www.uranmunition.de herunter geladen oder bestellt werden kann.

Zudem freuen wir uns über den „Europäischen Fernsehpreis“, der auf der ÖKOMEDIA 2004, dem 21. Internationalen Umwelt Film Festival, für den Film über die Arbeit zu Uranwaffen von Prof. Siegwart Horst-Günther, verliehen wurde. Es ist ein Preis für den Regisseur und die Produktion.

„Der Europäische Fernsehpreis, gestiftet als Wanderpreis des WDR geht in diesem Jahr an eine freie Produktion für den WDR mit dem Titel: „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ von Frieder Wagner. Diese Fernsehdokumentation führt uns mit dramatischen Bildern das Ende der konventionellen Kriege vor Augen. Einige mutige Wissenschaftler, geleitet von Dr. Siegwart-Horst Günther machten bereits nach dem ersten Golfkrieg auf die gefährlichen Folgen der seither in allen Kriegen verwendeten Urangeschosse aufmerksam. Der Film ist ein wichtiges Plädoyer für das sofortige Verbot der Uranmunition. Wir möchten mit dieser Auszeichnung Frieder Wagner ermutigen, diesen erschütternden Tatsachen in einem langen Film für ein möglichst großes Publikum vertiefend nachzugehen.“

Wir danken auch dem Co-Autor Valentin Thurn und allen, die an diesem wichtigen Film mitgewirkt haben. Inzwischen hat Frieder Wagner einen Sponsor gefunden, der ihm die Herstellung ein Kinofassung mit neu dazu gedrehten Teilen ermöglicht. mk ●

Konferenz zur „Epidemiologie von unten“

„Bürger-Epidemiologie, Barfuss-Epidemiologie oder Epidemiologie von unten (Citizen epidemiology or barefoot epidemiology) ist kein Micky-Mouse-Aktivistenspiel, welches von gut meinenden Hippies mit Dreadlocks (auch wenn einige unserer Mathematiker gut in diese Beschreibung passen), durchgeführt wird. Es bezeichnet viel mehr sehr ernsthafte und umfassende Analysen. Ich glaube auch nicht an die Idee von den so genannten Experten; meiner Meinung nach kann jeder alles lernen, sofern die grundsätzliche Fähigkeit vorhanden ist. Allerdings sollten wir noch mehr Epidemiologen dazu bewegen, uns durch ihre Unterschrift die Ernsthaftigkeit dieser Studien zu bescheinigen. Mein Gefühl ist, dass die durch Bürger durchgeführten epidemiologischen Befragungen ein wertvolles Werkzeug darstellen, welches die effektive Datenblockade verantwortlicher Institutionen der verschiedenen Regierungen durchbrechen kann und die Menschen vor Ort zusätzlich zum ‚empowerment‘ befähigt.“ (Empowerment bezeichnet den Prozess oder die Methode, sich der eigenen Stärke wieder bewusst zu werden.)

Dr. Chris Busby, Gründer der Low Level Radiation Campaign, der sich weltweit 40 Wissenschaftler angeschlossen haben, um unabhängig vom staatlichen Prozedere Studien begutachten und bewerten zu können

Konferenz in Chicago

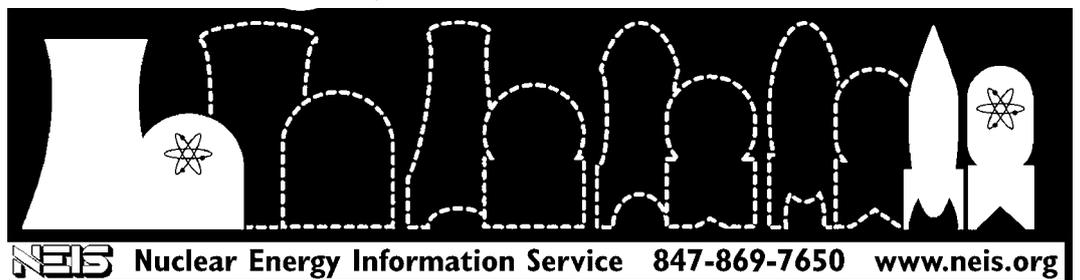
Vom 20.-22. Mai wird es in Chicago, USA, eine dreitägige Konferenz geben, die das Ziel hat Menschen dazu zu befähigen, eigenständig epidemiologische Studien zu organisieren bzw. durchzuführen, die vermuten, dass sie in ihrem Lebensumfeld radioaktiven Substanzen, Luft- und Wasserverschmutzung z.B. durch Altlasten einer kommunalen Deponie ausgesetzt sind. Selbst die Produktion von Atomwaffen, wozu auch die sog. zivilen Atomanlagen zählen, setzen Radioaktivität frei, deren Auswirkungen vor der Weltöffentlichkeit geheim gehalten wird. Experten wie der Brite Dr. Chris Busby, die US-Amerikaner Prof. Ernest Sternglass, der die Milchzähne von Kindern auf Strontium 90 und Prof. Steve Wing, der die epidemiologischen Studien des Atomreaktorunfalls von „Three Miles Island“ untersucht hat, sind als Redner eingeladen. Dr. Rosalie Bertell (Trägerin des Alternativen Nobelpreises) wird aufgrund ihres Gesundheitszustandes persönlich nicht erscheinen können. Es wird aber ein neuer Film über ihre Arbeit über radioaktive Niedrigstrahlung gezeigt und dargestellt, unter welchen Bedingungen sie bereit ist, ihr Wissen über epidemiologische Studien an Gruppen weiterzugeben und weiter zu unterstützen. Zudem versucht der südirakische Onkologe Dr. Jawad Al-Ali teilzunehmen, der auf internationale Unterstützung für eine epidemiologische Studie in Basra angewiesen ist.

Dave Kraft, der für Nuclear Energy Information Service (NEIS) diese „Citizen Epidemiology Conference“ in Chicago organisiert, führt dazu aus: „Das Konzept der Bürger Epidemiologie ist das logische Ergebnis, bzw. die Konsequenz der Hamburger Uranwaffenkonferenz vom Oktober 2003 und der gemeinsam mit Dr. Helen Caldicott im Oktober 2004 in Chicago gestalteten Konferenz „Nuclear Power and Children’s Health“ (Atomkraft und die Gesundheit unserer Kinder). Auf beiden

Konferenzen waren viele Ärzte und Physiker anwesend und kamen u. a. zu folgender Feststellung: Die von WHO und IAEA (Weltgesundheitsorganisation und Internationale Atomenergieagentur) angewendeten Strahlenschutzstandards und das Wissen über die Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung sind total falsch und müssen korrigiert werden. Darüber hinaus wurde versucht die Korrektur umzusetzen, was aber, von der an ihren Interessen festhaltende Atomindustrie und den von ihr bestochenen Freunde in der Regierung, sabotiert wurde. Das Ergebnis ist unsere Unabhängigkeitserklärung („declaration of independence“), die den Willen ausdrückt, nicht weiter missbraucht, manipuliert und übergangen zu werden: 1. Wir müssen uns unsere Informationen selbst beschaffen, 2. wir brauchen Experten, die diese in wissenschaftlich akzeptierter Weise analysieren, 3. Schaffung einer eigenen Institution, die diese Arbeit weiterführen wird. Hierfür brauchen wir Training und klare spezifische Einführungen in die gültigen vorhandenen Methoden, deren Für und Wider wir auf der kommenden Konferenz gemeinsam diskutieren werden.“

Gesucht werden Menschen

In der BRD hat es bereits 1995 für ca. 1 ½ Jahre ein Netzwerk von Menschen gegeben, die von der Regierung und den hier in den jeweiligen Bundesländern Verantwortlichen epidemiologische Studien im Umfeld von atomaren Anlagen gefordert haben. Leider hatten sie dabei wenig Erfolg und auch die Anti-AKW-Bewegung hatte dem Thema nicht sehr viel Interesse gezeigt. Heute ist nachvollziehbar, dass vor vielen Jahren der Schwerpunkt der Anti-AKW-Arbeit in der Absicht bestand, durch den Castorwiderstand die Atomindustrie zum Abschalten der Atomkraftwerke zu zwingen. Hätte die rot-grüne Regierung nicht eine Gesetzesänderung für die Zwischenlagerung von verbrauchten Brennelementen direkt an AKWs durchgesetzt,



wäre die Verstopfungsstrategie wahrscheinlich auch aufgegangen, da ein Castortransport jährlich nach Gorleben (auch mit mehreren Anhängern) nicht ausgereicht hätte. Allerdings hatte meines Wissens dieses Netzwerk damals noch nicht die Vorstellung, epidemiologische Befragungen auch selbst zu organisieren oder durchzuführen. Dafür gibt es jetzt die Chance, sich in diese internationale Bewegung einzuklinken: Jede/r BewohnerIn, der/ die in einer Region lebt, in der Krankheitsauffälligkeiten beobachtet werden (von offiziellen Beschwichtigungsversuchen sollte man sich nicht abhalten lassen), hat die Möglichkeit mit unterschiedlichen epidemiologischen Bürger-Befragungen der Wahrheit auf den Grund zu gehen. Zumindest ist es eine große Erleichterung, wenn sich ein Verdacht als falsch erweisen sollte. Dr. Chris Busby schreibt dazu:

„Ich habe eine Studie gemacht, wo die Bevölkerung nahe der atomaren Anlage große Befürchtungen hatte, sich aber keine wirkliche Belastung nachweisen ließ. Die Anwohner waren darüber sehr glücklich. Das Tritium ging flussabwärts und verseuchte den Hafen, wo die Krebsraten sehr hoch waren. Aber diese Studien sind alle gut für die Anti-Atombewegung und wir gewinnen dabei immer neue MitstreiterInnen.“

Interessant sind auch Dr. Bertells Erläuterungen:

„Ich habe bereits sechs große epidemiologische Studien durchgeführt: z.B. bei den Native Indians in Ontario, (Uranabbau), am Serpant River Band und Mississauga First Nation, 1993; an der Rongelap Bevölkerung im Pazifik (Atombombentests), 1989; am McClure Crescent in Malaysia habe ich damit ein Gerichtsverfahren gegen die Atomindustrie und Mitsubishi gewonnen; an der Bevölkerung des Chemieunglücks in Bhopal und an der US Clark Air Force Base (1996-98)... Mit diesen Studien konnten wir sehr viel bewirken.“

Unabhängige Befragungsmethoden

Epidemiologie entstand ursprünglich in der Untersuchung von Arbeitsplatzrisiken. Als diese Risiken sich allerdings immer mehr auf die Lebenswelt ausbreiteten, waren die Epidemiologen gezwungen, die Auswirkungen von Arbeitsplatzrisiken auf Kinder, ja sogar auf den Embryo und den Fetus abzuschätzen. So unterscheidet sich die Studie von Bewohnern, die unterschiedlich auf Achse ist und in der Nähe einer Giftmülldeponie wohnt sehr deutlich von einer Studie von Arbeitern, die etwa gleiches Alter und gleichen Gesundheitszustand haben und etwa 40 Stunden wöchentlich in einem sehr spezifischen Industrie-Umfeld sich aufhalten. Dr. Rosalie Bertell findet es sehr hilfreich nur Frauen zu befragen, die zwischen 20 und 45 Jahre alt sind. Dadurch werden Belastungen durch gefährliche Arbeitsplätze ausgeblendet und somit gezielt die Verseuchungen am Wohnort ins Zentrum gerückt. Es berücksichtigt außerdem Reproduktionserfahrungen und schließt Verfälschungen des Ergebnisses durch Krebserkrankungen aus, die nicht auf eine Schadstoffbelastung, sondern einfach auf das Alter zurückzuführen sind. Diese Befragungsmethode entwickelte die bekannte aber bereits verstorbene Dr. Alice Steward.

Als Dr. Bertell in den 1970er Jahren das Problem erkannte, glaubhafte Beweise vorlegen zu müssen, suchte sie über 20 Jahre nach



Belgien, Foto: www.motherearth.org

Methoden, um mit geringstem finanziellem Aufwand zu Ergebnissen zu kommen, die einer wissenschaftlichen Prüfung standhalten können. Es wird immer Menschen geben, die epidemiologische Ergebnisse in Frage stellen werden. Dr. Bertell erklärt es mit einem Beispiel:

„Wenn jemand einen Topf Bohnen kocht, braucht er nicht jede einzelne Bohne probieren, um sich zu vergewissern, ob alle gar sind. Die Menge eines Teelöffels genügt völlig, um sich mit einer solchen Stichprobe hinreichende Gewissheit zu verschaffen.“

Zudem konzentriert sie sich in ihren Studien mehr auf chronische Krankheiten als auf Krebserkrankungen, da es auch hier schon einige Biomarker gibt. D.h. wenn bestimmte chronische Erkrankungen vermehrt auftreten, legt das bestimmte Hypothesen nahe, die dann gezielt mit der Untersuchung von Blut- oder Urinproben bestätigt bzw. ausgeschlossen werden können. Grundsätzlich sind die Gegebenheiten an jedem Ort anders, weshalb es einer genauen Entscheidung bedarf, welche Form einer epidemiologischen Studie am meisten Aufschluss verspricht. Interessant sind besonders Orte, wie z. B. die in Deutschland liegende US-Militärbasis Spangdahlem, wo gleich zwei Belastungen befürchtet werden, einerseits durch den möglicherweise krebserregenden Treibstoff JP 8 und die Uranmunition (auch DU-Waffen genannt, DU=depleted uranium) der Kampfflugzeuge.

Dr. Chris Busby hat mehrere epidemiologische Befragungen u. a. „The Carlingford“ und „The Burnham on Sea“ organisiert. Dabei wurde jeweils ein Team von Haus zu Haus geschickt, so dass 40% der Bevölkerung (1400 Personen) befragt wurden. Seine Befragung, die wesentlich unkomplizierter erscheint, richtet sich gezielt auf Krebserkrankungen. Die von ihm ermittelten Werte werden dann mit den nationalen Durchschnittswerten verglichen, woraus erst ersichtlich wird, ob es in der untersuchten Region überhaupt ein Problem gibt. Dr. Busby betont, dass es nicht notwendig ist, Listen der dort Gemeldeten zu haben. Selbst wenn einige weggezogen sind und deren Werte nicht in die Statistik einfließen können, würde es die Aussagekraft des Ergebnisses nur aufwerten. Dr. Busby hat einen neuen Film gedreht und wird auch sein neues Buch vorstellen: „Peter and Jane carry out a citizen epidemiology study“ (Wie Peter und Jane Bürger-Epidemiologie betreiben).

Es wird also deutlich, dass es viel zu diskutieren und organisieren gibt. Wer Interesse hat, an dem Thema weiter mitzuwirken, ist dazu herzlich eingeladen.

**Kontakt: Marion Küpker • Tel. 040 4307332
eMail marion@motherearth.org mk ●**

Britische Verfahren gegen Honeywell verschoben

Das für Oktober 2003 geplante Verfahren vor dem Obersten Gericht in London gegen den Konzern Honeywell durch den Briten Richard David wurde wegen neuer Beweise auf April 2005 verlegt und auf 20 Verhandlungstage verlängert. Richard hatte von 1985-1995 als Ingenieur und Maschinist für eine Raumfahrtgesellschaft gearbeitet, die weltweit bekannt ist für die Herstellung von Hubschraubern und anderen Industrieteilen. Sollte Richard in dem Urteil einen Sieg erzielen, ist das Ende der Illusion sicher, dass DU nur beim Militär in Betracht kommt.

www.rcpbml.org.uk/wdie-03/d03-114.htm

Siebter Sieg gegen Uranwaffen

Erneut Freisprüche in den USA. Am 14. Dezember 2004 wurden zum zweiten Mal in einer Woche vier Aktivisten, die im Juli 2004 in das Alliant Tech Gelände (ATK) eindringen, von den Geschworenen des Hennepin Gerichtes freigesprochen. Damit hat sich die Zahl der Freisprüche seit Oktober 2003 auf 27 erhöht.

Vier weitere Verfahren sind gegen



vorn: John Heid, Mike Miles, John LaForge und Jane Hosking, Foto: Tom Bottolene

ein weiteres Duzend von Aktivisten anhängig. Bereits am 17. Oktober 2003 gab es den ersten Freispruch für 19 Angeklagte. Im April 2003, auf dem Höhepunkt des letzten Irakkrieges, drangen 28 Zivilisten auf das Grundstück des Welthauptquartiers des Konzerns ATK ein und unternahmen eine zivile Waffeninspektion. Die Eindringlinge erklärten, dass es signifikante Beweise dafür gibt, dass die von ATK hergestellte Munition mit Uran 238 (DU) verantwortlich sei für die eskalierenden Krebserkrankungen und Geburtsdefekte unter der Zivilbevölkerung des Südiraks und den US-Truppen, die im Golfkrieg gedient haben. Die Angeklagten benutzten erfolgreich Bestimmungen der US-Verfassung und des internationalen Völkerrechts, mit denen sie die Illegalität dieser Waffen begründen. www.nukewatch.com/du/20041220notguilty.html mk ●

Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne
Atom- und Uranwaffen.
Für die friedliche Nutzung
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2000

Herausgeber:
Gewaltfreie Aktion
Atomwaffen Abschaffen GAAA
Hausmannstrasse 6
70188 Stuttgart
Tel. 07 11 - 21 55 112
Fax 07 11 - 21 55 214
Internationales
Marion Küpker
Bürozeiten:
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen
Friedens- und Begegnungsstätte
Mutlangen e.V.
Forststraße 3
73557 Mutlangen
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1
www.pressehuette.de
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 2.00 plus Porto

Jahresabonnament:
Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
ist der Bezug im Mitglieds-
beitrag enthalten.

Bankverbindung:
nur für Abo-Gebühren:
Friedens- und Begegnungsstätte -
FreiRaum
Raiffeisenbank Mutlangen
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010
für steuerabzugsfähige Spenden:
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.
Kreissparkasse Ostalb
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:
Roland Blach (rob)
Tel. 07 11 - 21 55 112
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de
Marion Küpker (mk)
Tel. 040 - 430 73 32
e-Mail: marion@motherearth.org
MarionKuepker@compuserve.com
Julia Kramer (jk)
Tel. 0711/6337776
e-mail: j-kramer@gmx.net
V.i.S.d.P
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),
Tel. 0 71 71 - 18 20 57
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db
Druck: GUS-Druck GmbH
70180 Stuttgart,
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.uranwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.
Forststr. 3, 73557 Mutlangen
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

Termine:

22.-26.3.

Hannover: Fastenaktion „Atomwaffen abschaffen!“
zum Auftakt einer Aktions- und Veranstaltungsreihe
zwischen Ostermarsch, Atomwaffenkonferenz und 60.
Jahrestag des Atombombenabwurfes auf Hiroshima.
Friedensbüro Hannover, Tel.: 0511/883232, [friedens-
buero-hannover@web.de](mailto:friedensbuero-hannover@web.de), www.friedensbuero-hannover.de
16.4.

Brüssel (B): „Bomspotting XL“, Aktion des zivilen
Ungehorsams am NATO Hauptquartier in Brüssel,
Kai-Uwe Dosch, Tel.: 02381/404253, [kai-uwe.
dosch@hammkomm.de](mailto:kai-uwe.dosch@hammkomm.de), [www.bomspotting.be/
en/xl_en.php](http://www.bomspotting.be/en/xl_en.php), VA: Forum voor Vredesactie, Tel.
0032/3/2816839, bomspotting@vredesactie.be,
www.vredesactie.be

28.4.-16.5.

New York (USA): Studien- und Aktionsreise zur Über-
prüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages
(NPT) der UNO in New York, Details: Friedenswerkstatt
Mutlangen, Tel.: 07171/75661, [post@pressehuette.
de](mailto:post@pressehuette.de), www.pressehuette.de

1.-14.5.

Bundesweit: Veranstaltungsreihe „Märchenweisheit der
Völker - Konfliktlösung ohne (atomare) Gewalt“ - anläs-
slich der Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag in
New York - mit Hansjörg Ostermayer, www.kuntu.de, VA:
DFG/VK BaWü, GAAA, pax an, GAAA, Tel.: 0711/2155112,
gaaa@paritaet-bw.de, www.gaaa.org

2.-28.5.

New York (USA): NPT Review Konferenz 2005 Infos:
[http://disarmament.un.org:8080/wmd/npt/2005/
index-PC3.html](http://disarmament.un.org:8080/wmd/npt/2005/index-PC3.html) (Nichtverbreitungsvertrag vom
Atomwaffen 2005), Was läuft im Umfeld der
Konferenz: [www.reachingcriticalwill.org/le-
gal/npt/RevConEvents.html](http://www.reachingcriticalwill.org/legal/npt/RevConEvents.html), „Countdown to

the NPT calendar“ [www.reachingcriticalwill.org/
legal/npt/NPTcal.html](http://www.reachingcriticalwill.org/legal/npt/NPTcal.html), Kontakt: UN Department
for Disarmament Affairs, Sari Nurro, WMD Branch,
nurro@un.org, [disarmament.un.org:8080/wmd/npt/
4.7](http://disarmament.un.org:8080/wmd/npt/4.7).

Faslane (GB): Blockade des Englischen Atomwaffen-
stützungspunktes (Royal Navy) Faslane (Schottland),
Details: www.tridentploughshares.org/, VA: CND,
Trident Ploughshares, Kontakt: Scottish CND, Tel.:
0044/141/4331222, [Big_blockade@banthebomb.
org](mailto:Big_blockade@banthebomb.org), www.banthebomb.org

14.7.

Daun: Diskussionsveranstaltung „60 Jahre nach
Hiroshima: Kein Ende der atomaren Bedrohung?“
mit Oberstleutnant a.D. Lothar Liebsch, Darmstädter
Signal, www.darmstaedter-signal.de, VA: Forum
Eine Welt, Kontakt: Forum Eine Welt, Klaus Heller,
Tel.: 06595/676, klaus.heller.dreis@t-online.de,
www.forum1welt.de

26.7.- 6.8.

(B): Friedensmarsch von Ypern nach Kleine Brogel,
www.motherearth.org/walk/walk.php, VA: For
Mother Earth, Tel.: 0032/9/2428752, [internationa
l@motherearth.org](mailto:international@motherearth.org),

28.7.- 6.8.

Amberg/Büchel: Aktions-Radtour „Auf Achse für
Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ -
60 Jahre Hiroshima, 9 Tagesetappen mit Strecken-
längen zwischen 50 und 80 km, Kontakt: LV Ba-
den-Württemberg der DFG-VK, Tel.: 0711/2155112,

Wir brauchen Unterstützung

Die Reisekosten zur Überprüfungskonferenz
schlagen ordentlich zu Buche. Noch klaffen in
den Reisebudgets Löcher von zusammen über
2000,00 Euro. Doch wir sind zuversichtlich, dass
sich unsere Reisekassen bis zum Abflugstermin
genügend gefüllt haben, damit wir Ihre Bausteine
für die Aktion Völkerrecht und die gemalten
Tücher mit zur UNO nehmen können und niemand
zu Hause bleiben muss. Spenden Sie nach wie vor
für diesen FreiRaum und unterstützen Sie uns
auch mit einer Stichwortspende: „Reisekosten
NPT-Delegationen“ auf das Konto der Friedens-
werkstatt Mutlangen. Einfach den Verwendungszweck
auf den beigelegten Überweisungsträger
eintragen. Wir stopfen damit die noch offenen
Löcher und sagen schon jetzt herzlichen Dank.

Anzeige

Für eine
bessere Welt...



... ins Internet!

Sich
informieren
kann so einfach
sein:

Über 30.000 Links

- Frieden
- Menschenrechte
- Umwelt, Eine Welt
- Soziales, Religionen
- Frauen, Bildung, Politik
- Nachrichten, Wirtschaft
- Konfliktregionen

Viele kleine Leute
an vielen kleinen Orten,
die viele kleine Schritte tun,
können das Gesicht der
Welt verändern.

➔ www.bessereweltlinks.de
Ausprobieren und weitersagen!